Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

47 (24.2.1950)

Visual Library

BADISCHES
VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25 - 01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77, Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 47 — Freitag, 24. Februar 1950 — Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

Kategorisches Nein zur Kolonisierung Westdeutschlands

Albert Einsteins Illusion

Weil Adenauer die Befehle der westlichen Alliierten ...

Wir sind bereit zu helfen

Ohne Verteidigung

Eine Erklärung von Werner Stertzenbach

Einer der Angeklagten im Demontage-Stop-Prozeß, der Chefredakteur der verbotenen „Niedersächsischen Volksstimme", Werner Stertzenbach, erklärt zu der jetzt eingetretenen Lage folgendes:

„Durch einen Telefonanruf in London erfuhr ich, daß das britische Obergericht mit der Verteidigung der Angeklagten über den neuen Termin verhandelt hat. Als die Termine 27. Februar und 6. März zur Wahl gestellt wurden, entschied sich der britische Anwalt Ralph Millner für den 6. März, da er vorher einen wichtigen Prozeß in Afrika zu führen hat und am 27. Februar nicht zum Termin erscheinen könnte.

Trotzdem wurde den Angeklagten dann am 22. 2. 1950 eine Vorladung zum 27. Februar überreicht. Mehrere Tage versuchte ich, den Geschäftsführer des britischen Obergerichts in Braunschweig zu erreichen, um die Vertagung des Termins zu erwirken. Erst am Mittwochmorgen war es möglich, den verantwortlichen Herrn zu sprechen. Er erklärte auf meinen Einwand, daß die Angeklagten doch das Recht hätten, eine Vertagung zu beantragen, falls sie bis zum angesetzten Zeitpunkt ihre Verteidigung nicht gesichert hätten. „Sie können sich ja ruhig einen anderen Anwalt nehmen."

Es hat den Anschein, daß man den britischen Verteidiger Ralph Millner ausschalten will. Wenn wir auch ungern auf einen so tüchtigen Verteidiger wie Herrn Millner verzichten, so werden wir am 27. Februar, falls einer Vertagung nicht zugestimmt werden sollte, uns selbst verteidigen. Die Fragen der völkerrechtswidrigen Demontage, der Knebelung der Presse und der Mißachtung des Immunitätsrechtes sind für die deutsche und internationale Oeffentlichkeit von so großer Wichtigkeit, daß wir es nicht zulassen werden, den ganzen Fall mit formal juristischen Erklärungen zu erledigen. Die Angeklagten im Demontage-Stop-Prozeß kämpfen um das Recht des deutschen Volkes, und sie kämfen umso besser, weil sie wissen, daß hinter ihnen Millionen Deutscher stehen."

Obergericht fürchtet britischen Anwalt

Angeklagte im Demontagestop-Prozeß ihres Verteidigers beraubt

Hannover. (E. B.) Obwohl dem Gericht bekannt war, daß der britische Verteidiger Ralph Millner durch einen Prozeß, den er wahrnimmt, in Afrika zurückgehalten wird, und Ende Februar noch nicht in Deutschland sein kann und ihm die Verlegung des Prozesses auf den 6. März zugesagt war, sind nun die Angeklagten durch den Geschäftsführer desselben Gerichts davon in Kenntnis gesetzt worden, daß der Prozeß bereits am 27. Februar in Hannover beginnen werde.

Es war dieser britische Anwalt, Ralph Millner, der mit einer glänzenden Verteidigungsrede die Anklage auf Grund der Militärregierungsverordnung Nr. 1 zu Fall brachte. Er war es auch, der auf den Widerspruch im Gesetz Nr. 5 der Hohen Kommission hinwies. „Artikel 1 dieses Gesetzes besagt", erklärte Ralph Millner, „es solle Pressefreiheit herrschen. Aber Pressefreiheit bedeutet auch, daß man eine Meinung äußern darf, die die öffentlichen Stellen nicht lieben. Man darf doch nicht von einer strafbaren Tat sprechen, oder von Bedrohung des Prestiges, oder von der Bedrohung der Sicherheit der alliierten Streitkräfte, wenn sich der Landkommissar geärgert hat. Ich möchte sagen, daß eine Auseinandersetzung in der Politik nicht gleichzusetzen ist mit einer kriminellen Tat, die gegen alliierte Streitkräfte begangen wird."

Die Verlegung des Prozesses vor dem britischen Obergericht bedeutet, daß die Verteidigung der Angeklagten nicht nur durch den in der ersten Instanz erfolgreichen Ralph Millner, sondern auch durch jeden anderen britischen Anwalt verhindert wird. Denn keinem Verteidiger, auch einem Deutschen nicht, wäre es möglich, sich in den vier Tagen, bis zum 27. Februar, ordnungsgemäß auf den Prozeß vorzubereiten. Praktisch läuft die Vorverlegung des Prozeßbeginns darauf hinaus, daß die sieben Deutschen, die wegen ihres Eintretens für die nationalen Interessen des deutschen Volkes angeklagt sind, jeder Verteidigung, also des elementarsten Rechtes jedes Angeklagten, beraubt sein werden.

Mit aller Entschiedenheit muß gegen die Praxis des britischen Obergerichts protestiert werden. Aufhebung des auf den 27. Februar anberaumten Termins und Niederschlagung des Prozesses, das ist die Forderung, die jetzt allerorten mit aller Entschiedenheit erhoben werden muß. In dieser Forderung müssen alle Deutschen sich vereinen!

Picasso als Friedensbotschafter nach USA

Delegationen vom Weltfriedenskomitee zusammengestellt

Paris. (EB) Unter den Persönlichkeiten, die im Auftrage des Weltfriedenskomitees (das die Forderungen von 800 Millionen Menschen vertritt), acht Parlamente aufsuchen werden, um ihnen das Fünfpunkte-Programm zur Rettung des Weltfriedens vorzulegen, befinden sich der Pfarrer Boulier, Professor für Rechtswissenschaft an der Pariser Universität, Lelio Basso, Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens und General Gabaldone, ehemaliger Gouverneur des Staates von Caracas. Nach den Vereinigten Staaten wird der Maler Pablo Picasso reisen.

Wie das Weltfriedenskomitee bekanntgibt, sind bereits Delegationen zusammengestellt worden, die die Parlamente in Belgien, Holland, Guatemala, Mexiko, Italien, Frankreich den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion besuchen werden.

Angst vor der Wahrheit?

Hannover. (EB) Der Landeskommissar der britischen Militärregierung für Niedersachsen verbot in einem Schreiben vom 18. 2. 1950 daß ein Vertreter der kämpfenden Jugend Vietnams auf einer Veranstaltung der Freien Deutschen Jugend in Hannover spreche. Er erklärte wörtlich: „Es wird ihnen bekanntgegeben, daß der Landeskommissar jeder derartigen Person oder einem Vertreter ausdrücklich verbietet, in der Versammlung am 21. Februar zu reden. In diesem Zusammenhang werden Sie auf Artikel 2 des Besatzungsstatuts aufmerksam gemacht. Der Artikel 2 des Besatzungsstatuts wacht über das Prestige der westlichen Besatzungsmächte.

Streiks sind erfolgreich!

In Bonn wurde eine Streikstatistik veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß 94 Prozent aller in Westdeutschland im letzten Jahr geführten Streiks mit vollem oder Teilerfolg für die Arbeiter endeten. Die restlichen sechs Prozent verliefen auch nur zum Teil erfolglos, da nicht bei allen diesen Streiks über den Ausgang berichtet wurde.

90 Prozent der Streikursachen bestanden in abgelehnten Lohnforderungen der Arbeiter. Die übrigen Streiks hatten ihre Ursache in Auseinandersetzungen über Arbeitsbedingungen und Entlassungen, diese vorwiegend mit politischem Charakter.

Durch die Streiks fielen insgesamt in Westdeutschland für die Wirtschaft 271 000 Arbeitstage aus.

Die Statistik verzeichnet eine Aussperrung in einem Betrieb der Metall verarbeitenden Industrie.

Wieder zweimal beschlagnahmt

Die „Neue Zeit" und der Saarkampf

Saarbrücken. (EB) Wieder ist an zwei Tagen dieser Woche die kommunistische „Neue Zeit" in Saarbrücken beschlagnahmt worden. Die Zeitung nannte die sich um die Saar in Paris abspielenden Dinge beim Namen. Deshalb die Beschlagnahmung. Ein Flugblatt der Kommunistischen Partei wurde gleichfalls verboten. Der Grund: In ihm steht „die Saar sei deutsch und müsse deutsch bleiben."

Bremen folgt dem Beispiel Hamburgs

Hafenarbeiter Bremens beschließen internationale Solidarität — Lohnkampf um den Frieden untrennbar verbunden

Bremen. (EB) In Bremerhaven und Bremen folgten die Hafenarbeiter dem Beispiel ihrer Hamburger und Duisburg-Ruhrorter Kollegen. Sie beschlossen, das Verladen und den Transport jeglichen Kriegsmaterials zu verweigern. Gleichzeitig protestierten sie gegen die Massenentlassungen im Kaiserhafen und erklärten, daß sie darin einen von vornherein zum Scheitern verurteilten Versuch erblicken, die Hafenarbeiter einzuschüchtern und von der aktiven Eingliederung in die Weltfriedensfront abzuhalten. „Wir Hafenarbeiter wollen unseren ausländischen Kollegen nicht in den Rücken fallen, wir wollen nicht dulden, daß Kriegsmaterial über Bremerhaven und Bremen auf dem Landweg nach Frankreich oder Holland weiterbefördert wird. Wir denken an Prüm und Ludwigshafen und wollen keine ähnlichen Explosionen in Bremen. Wir rufen den Kriegsvorbereitern zu: Behaltet eure Waffen, damit wir Leben und Gesundheit behalten."

Der Versuch anwesender Gewerkschaftsfunktionäre, auf Beschlüsse von „oben" zu warten, wurde sachlich damit abgelehnt, daß die Frage des Kampfes um den Frieden eine wichtige politische Frage sei, die jeden Menschen angeht. „Der gewerkschaftliche Kampf für die Erhöhung des Schichtlohnes ist nicht zu trennen vom Kampf um die Erhaltung des Friedens und dem Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes. Beherzigt die Lehren der Vergangenheit." Das waren die Konsequenzen aus den Versammlungen, die von jedem anwesenden Hafenarbeiter verstanden wurden.

Gegen die USA-Geschäftsreisenden des Krieges

Brüssel. (EB) In Brüssel kam es zu einer Demonstration vor dem Gebäude der amerikanischen Botschaft, die sich gegen die amerikanische Mission in Belgien richtete, die zur Durchführung des Waffenhilfsprogramms eingetroffen ist. Eine Abordnung des „Verbandes zur Verteidigung des Friedens" überreichte in der Botschaft einen Protest gegen die Anwesenheit der amerikanischen Delegation. Die Polizei hatte vergeblich versucht, die Demonstration zu verhindern.

Streik der Hafenarbeiter von La Pallice

Paris (EB). Die Hafenarbeiter von La Pallice setzen ihren Streik fort. Die Hafenarbeiter von La Fallice und der benachbarten Stadt La Rochelle protestierten gegen den Beschluß der Regierung, Truppen zur Verladung von Kriegsmaterial zu kommandieren.

Terrorgesetz und Staatsstreichabsicht de Gaulles

Bidault konspiriert mit de Gaulle — Die Schuld der rechten Führer der SPF

Paris. (E. B.) Alle Anzeichen sprechen dafür, daß es der französischen Regierung trotz des vom Ministerrat angenommenen Gesetzentwurfs, der die verstärkte Verfolgung aller Friedenskräfte des Landes vorsieht, nicht gelingen wird, den Kampf gegen den Krieg zu unterbinden. Die französische Regierung stellt alle Personen unter gerichtliche Verfolgung, die gegen die Kriegspolitik der Regierung protestieren oder an Protestdemonstrationen teilnehmen. Wenn der vom französischen Ministerrat beschlossene Gesetzentwurf in der Kammer eine Mehrheit findet, dann wird diese freie Hand haben, um alle ihr zur Verfügung stehenden Terrormittel gegen den Widerstand der Werktätigen gegen die Verladung und die Herstellung von Kriegsmaterial einsetzen zu können.

Daß die französische Bevölkerung sich nicht einschüchtern läßt, beweisen die in den Hafenstädten weitergehenden Streiks und die Berichte über die Fortsetzung von Kampfhandlungen gegen Munitionstransporte.

Die durch den Gesetzentwurf offengelegten Absichten der französischen Regierung sind nur Teil eines umfassenderen Planes der Kapitalistenschicht, die in Indochina den „schmutzigen Krieg" führt und in Frankreich an der Verwirklichung des anglo-amerikanischen Kriegspaktes in Westeuropa arbeitet. Die Pariser „Humanité bringt Enthüllungen, daß de Gaulle zur Zeit einen Staatsstreich vorbereitet, und daß er dies in stillschweigendem Einverständnis des Ministerpräsidenten Bidault, der auf den Außenministerposten in einem Kabinett de Gaulle spekuliert, tut. Der Skandal um die Generale Revers und Most, der schon weit die Dreifuß-Affäre in den Schatten stellt, und bei dessen Aufrollen kein Tag vergeht, an dem nicht die Beweise geliefert werden, daß die Minister und hohen Politiker der Regierungskoalition bestochen sind, soll die Grundlage für de Gaulle abgeben, um seinen Einzug im Elysee-Palast erzwingen zu können. Deshalb wird auch versucht, Staatspräsident Vincenz Auriol in den Generalskandal zu verwickeln.

Die „Humanité" kommt zu dem Schluß, daß alle diese Komplotte nur möglich seien, weil die sozialistischen Führer, vom Schlage Leon Blums die einheitliche politische Front der Arbeiterschaft sabotieren und spalten. Sie ruft alle Kommunisten, Sozialisten, Katholiken, Republikaner und Patrioten zum Zusammenschluß und zur Gegenwehr auf.

Geschütze vom Transportzug geworfen

Grenoble. (E. B.) Eine größere Menschenmenge stürzte von einem Militärtransportzug vier 7,5 cm-Geschütze auf die Schienen. Der Vorfall erregte in der französischen Garnisonsstadt Grenoble umso größeres Aufsehen, als er eine unerschrockene Antwort auf die Tags zuvor vom französischen Ministerrat angenommene Terrorgesetz darstellt.

Polizeieinsatz gegen Pariser Streikende

Paris. (E. B.) Gegen den Streik der Arbeiter der Pariser Automobil-Industrie hat die Regierung ein großes Aufgebot von Polizei eingesetzt, um die durch die Arbeiter besetzten Betriebe Renault und Peugeot räumen zu lassen. Der Streik der Automobilarbeiter wird unter der Losung „Kampf bis zum Sieg" geführt.

In führenden Gewerkschaftskreisen der französischen Hauptstadt wird erwartet, daß auch die Arbeiter und Angestellten der Elektrizitätswerke streiken werden. Schon befinden sich Tausende von Arbeitern im Gebiet der Somme, dem Zentrum der französischen Energieversorgung im Streik um höhere Löhne.

Daß sich die französische Regierung mit Gewaltmaßnahmen gegen die Forderung auf Lohnerhöhung der Arbeiter sperrt, scheint den Generalstreik in Paris unabwendbar zu machen.

„Skandalös, undemokratisch, rechtsbeugend"

Justizminister Fechner (SED) zum Fall Hedler und seine Ursachen

Berlin (EB). Die Mitglieder des Aeltestenrates der Volkskammer hatten eine Anfrage an die Regierung der DDR gestellt, was zu tun sie willens und in der Lage ist, um die aus dem Freispruch des Neofaschisten Hedler in Neumünster für Deutschland ertstehenden Gefahren vom deutschen Volk abzuwenden. Im Namen der Regierung gab der Minister der Justiz, Max Fechner, eine Erklärung zu der Anfrage ab. Minister Fechner führte aus, daß die Regierung über das Schandurteil von Neumünster nicht verwundert ist. Der Fall Hedler sei nicht als empörender Einzelfall, sondern er sei als ein Symbol, als eine Kennzeichnung der Struktur der Justiz des westdeutschen Separatstaates zu werten.

„Wir wissen uns eins mit der erdrückenden Mehrheit des ganzen deutschen Volkes, wenn wir diesem Schandurteil die eindeutige Erklärung entgegenstellen, daß dieses Urteil skandalös, undemokratisch und rechtsbeugend ist", stellte Minister Fechner fest. Der Fall Hedler zeigte, sagte Minister Fechner, wie weit die reaktionäre Entwicklung in Westdeutschland vorangeschritten ist. Die SPD-Oppostion gebärde sich zwar empört über dieses Schandurteil über Hedler, aber diese Herren treffe die gleiche Schuld, denn sie haben die Restaurierung der reaktionären Jusitz geduldet. Sie haben aus blindwilliger Hetze gegen den Osten politisch belastete Richter wieder eingesetzt und sie haben trotz dieser Kenntnis die Unabsetzbarkeit dieser Richter in der Bonner Verfassung verankert. Außerdem haben sie die Rechtsprecher jeder Einflußnahme durch die Volksvertretung enthoben. Sie haben die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik geschmäht, weil in dieser Verfassung die Volks-Souveränität festgelegt ist.

Im Streiflicht gesehen

Schüler-Protest gegen Briten

Detmold. Die oberen Klassen des Detmolder Gymnasiums veranstalteten einen Demonstrationszug durch den Teutoburger Wald, mit dem sie gegen die geplante Erweiterung des britischen Truppenübungs-Platzes von der Senne bis zum Hermannsdenkmal protestierten.

Greta Garbo und Charlie Chaplin größte Schauspieler des Halbjahrhunderts

New York. (dpa) Charlie Chaplin wurde bei einer Abstimmung von 200 Filmexperten in Hollywood zum größten Schauspieler des Halbjahrhunderts ernannt. Den Titel der größten Schauspielerin erhielt Greta Garbo.

Amokläufer tötet drei und verwundet 23 Personen

Ancona. (dpa) Drei Personen wurden am Mittwoch von einem Amokläufer getötet, der die in der Nähe von Ancona gelegene Ortschaft Filottramo 16 Stunden lang in Angst und Schrecken versetzte. 23 Einwohner der Ortschaft wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die verängstigten Bewohner verbarrikadierten sich in ihren Häusern bis Polizeiverstärkung aus Ancona eintraf. Bisher gelang es jedoch nicht, den Wahnsinnigen dingfest zu machen, der sich vermutlich in den Wäldern der Umgegend versteckt hält.

Princeton-Zyklotron durch Feuer zerstört

Princeton. (dpa) Das Zyklotron der Universität Princeton wurde durch Feuer fast völlig zerstört. Das Gerät, dessen Herstellung etwa 18 Millionen Dollar kostete, dient zur Atomzertrümmerung. Es wurde von der amerikanischen Marine zu Kernforschungsarbeiten benutzt. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Hannoversche Bankräuber geständig

Hannover. (dpa) Die beiden Bankräuber Fritz Gartke und Willi Friedrichs, die am Montagvormittag Kassenboten der Merkurbank in Hannover 3000 Mark und Wertpapiere für eine Million raubten, haben ein Geständnis abgelegt. Die beiden Täter gaben zu, den Raubüberfall seit längerer Zeit geplant, die Kassenboten mehrfach bei ihren Gängen beobachtet und einige Tage vor dem Ueberfall sogar eine „Probefahrt" mit ihrem Wagen gemacht zu haben. Keiner von ihnen will jedoch den tödlichen Schuß auf den Boten Kastern abgegeben haben. Da jedoch einwandfrei feststeht, daß der Schuß aus einer 7,65-mm-Pistole erfolgt ist und Friedrichs eine solche Waffe trug, hält die Polizei ihn für den Mörder. Gartke war mit einer 0,8 cm-Pistole bewaffnet. Die beiden Räuber haben nach ihren Aussagen keine Ahnung gehabt, wieviel Geld die Boten mit sich führten. Sie seien enttäuscht gewesen, als sie unterwegs feststellten, daß sie nur 3000 Mark an Bargeld erbeutet hatten. Dieses Geld, ausschließlich kleine Münzen, ist bis auf etwa 20 Mark ebenso wie die Wertpapiere sichergestellt worden.

Ueberfall auf Spar- und Darlehnskasse

Uelzen. Drei maskierte und mit Pistolen bewaffnete Männer drangen am Mittwoch in die Spar- und Darlehenskasse in Rosche (Kreis Uelzen) ein und raubten etwa 4000 Mark. Nach dem Ueberfall fuhren die Täter in einem Personenwagen in Richtung Uelzen davon. Die polizeiliche Fahndung blieb bisher ohne Erfolg.

Kampfprogramm der Jugend in Westdeutschland

Frankfurt (EB). Seit drei Monaten diskutieren die Grundeinheiten der Freien Deutschen Jugend — so schreibt uns das Zentralbüro der FDJ — und mit ihnen viele Mädchen und Jungen, die noch außerhalb unserer Organisation stehen, das „Aktionsprogramm der Freien Deutschen Jugend in Westdeutschland". Zahlreiche Verbesserungsvorschläge wurden gemacht. Am nächsten Samstag und Sonntag delegieren sie ihre besten Vertreter zur Westkonferenz der Freien Deutschen Jugend nach Essen, um dort dieses Aktionsprogramm endgültig zu verabschieden.

Dieses Aktionsprogramm wird die Grundlage des zukünftigen Kampfes der Jugend in Westdeutschland um die Erhaltung des Friedens, um die nationale Einheit und Unabhängigkeit und um ein besseres Leben der jungen Generation werden. Es zeigt der Jugend den Weg, wie der Kampf in Westdeutschland gegen den Krieg, gegen die koloniale Unterdrückung und gegen das Elend zu führen ist. Dieses Kampfprogramm der jungen Generation geht davon aus, daß alle Mädel und Jungen in Westdeutschland gemeinsame Interessen haben und deshalb auch gemeinsam für die Interessen kämpfen müssen. Im Aktionsprogramm heißt es dazu:

„Die Not aller Schichten unseres Volkes und die Gefahr für den Bestand unserer Nation sind so groß, daß kleinliche parteiegoistische Interessen und erst recht unnützes Parteiengezänk und innerdeutscher Hader zu verstummen haben."

Viele, sehr viele junge Menschen in Westdeutschland haben erkannt, daß sie sich selbst dafür einsetzen müssen, um auch hier in Westdeutschland solche Lebensbedingungen zu schaffen, die der Jugend die Angst vor dem morgigen Tag nehmen.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden junge Arbeiter, Handwerker, Bauern, Techniker, Angestellte und Studenten sich vereinen im Kampf für die Forderungen des Aktionsprogrammes und sich so in die große Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands gegen die anglo-amerikanischen Imperialisten und seine deutschen Helfer einzureihen.

Dieser Kampf kann nur gewonnen werden, wenn sich nicht nur die Jugend untereinander vereint, sondern, wenn sie darüberhinaus mit allen ehrlichen patriotischen Kräften in Westdeutschland zusammenarbeitet. Sie werden deshalb Rat und Erfahrung der älteren Freunde in sich aufnehmen, und umgekehrt diesen Freunden einiges von dem Schwung und dem Elan übermitteln, der in jeder gesunden Jugend steckt.

Die Westkonferenz der Freien Deutschen Jugend, die am 25. und 26. Februar in Essen tagt, wird zeigen, wie eng die Mitglieder und Freunde der Freien Deutschen Jugend mit jedem zusammenarbeiten wollen, der sich ehrlich für die Interessen der Jugend einsetzt.

Das Aktionsprogramm der Freien Deutschen Jugend in Westdeutschland muß zum Kampfprogramm der gesamten Jugend in Westdeutschland werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Das Vermächtnis der Geschw. Scholl wird erfüllt

Von stud. phil. Hermann Otto

Am Morgen des 16. Februar 1943 riefen von Münchener Hauswänden große Inschriften in roter Farbe: „Nieder mit Hitler! Es lebe die Freiheit!“ Die Buchstaben waren 40 cm hoch und weithin sichtbar.

Die Täter waren Münchener Studenten und Studentinnen, die eingesehen hatten, daß Hitler Deutschland in den Abgrund führt und die versuchten, etwas zu tun, um ihr Land und ihr Vok zu retten.

Während die Gestapo nach ihnen fahndete, bereiteten sie ein Flugblatt vor, das illegal in 5000 Exemplaren gedruckt wurde. 2000 davon sandten sie an Freunde der Universität Jena und Wien. Der Rest wurde am 19. Februar an der Universität München verteilt.

Dies geschah an jenem Tag, der als der furchtbarste des Krieges galt. Am Tag der Tragödie der 6. Armee bei Stalingrad.

Unvergeßlich jener Tag, jene Stunde in der Aula der Münchener Universität, als von der Empore herab Hunderte von Flugblättern in das dichtgedrängte Auditorium fielen. Ein einziger Schrei, eine einzige Anklage gegen die Mörder des Geisteslebens, gegen die Verderber unseres Volkes.

Das Flugblatt war verfaßt und gedruckt worden von einem kleinen Kreis von Studenten, die sich um den Professor der Philosophie und Psychologie Kurt Huber geschart hatten. Die Geschwister Hans und Sophie Scholl wurden von der Gestapo verhaftet, standen bereits 3 Stunden nach ihrer Verhaftung vor dem eigens aus Berlin herbeigerufenen „Volksgericht“, und wurden zum Tode verurteilt.

Die Henker des Faschismus mordeten die Widerstandsgruppe an der Münchener Universität. Das Vermächtnis dieser Gruppe aber lebt und setzt sich heute durch. Die Studentenratswahl in der Deutschen Demokratischen Republik hat aller Welt gezeigt, daß 72 Prozent aller Studenten den Mahnruf der Geschwister Scholl verstanden haben, der zum unerbittlichen Kampf gegen alle Faschisten und alle Kriegstreiber und Volksverderber aufforderte.

Die Hochschulgruppe der Freien Deutschen Jugend an der Universität Leipzig trägt heute den Namen „Geschwister Scholl“. Sie trägt nicht nur diesen Namen, sondern sie arbeitet dafür, daß all das, was sich die Geschwister Scholl in den Jahren der faschistischen Barbarei erträumten, heute im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit wird. Sie sorgen dafür, daß an den Universitäten der Deutschen Demokratischen Republik keine Faschisten mehr ihre völkermordenden Lehren verbreiten können. Sie sorgen dafür, daß an den Universitäten in der Deutschen Demokratischen Republik das Bildungs-Privileg einer keinen Schicht von Menschen gebrochen wurde. Sie sorgen dafür, daß die Studenten an der Universität Leipzig andere Völker achten und jeder neuerlichen Kriegsvorbereitung und Kriegshetze entgegentreten.

In einem Wort: Jene, die heute das Vermächtnis der Geschwister Scholl erfüllen, die ihren Namen nicht nur im Munde führen, sondern ihre Taten zum Vorbild nehmen, werden dafür sorgen, daß den neuauftauchenden Faschisten, deutscher oder ausländischer Herkunft, an den Universitäten in ganz Deutschland das Handwerk gelegt wird.

Es gibt Kräfte in Westdeutschland, auch im sogenannten „Verband Deutscher Studentenschaften“, die es ablehnen, gegen das Wiederaufleben des Faschismus zu kämpfen und die nicht davor zurückschrecken, den Namen der Geschwister Scholl zu mißbrauchen. Sie reden davon, daß die Geschwister Scholl für die „Freiheit“ gekämpf haben. Sie fragen aber nicht danach, für wessen Freiheit.

Die Geschwister Scholl kämpften für die Freiheit, dem Faschismus in Deutschland den Garaus zu machen. Der „Verband Deutscher Studentenschaften“ kämpft für die Freiheit, dem Faschismus Tür und Tor an den westdeutschen Hochschulen zu öffnen. Zwischen dem Kampf der Geschwister Scholl und den Bestrebungen des „Verbandes Deutscher Studentenschaften“ klafft ein himmelweiter Unterschied.

Es besteht kein Zweifel, daß die Geschwister Scholl, wenn sie noch leben würden, heute zusammen mit den Studenten in der Deutschen Demokratischen Republik gegen die reaktionäre Clique „Verband Deutscher Studentenschaften“ vorgehen würden. Wer ihre Aufrufe las und wer ihre mutige Haltung kannte, weiß, daß die Geschwister Scholl heute auf der Seite derer stehen würden, die morgen in ganz Deutschland die Nationale Front zum Siege führen werden.

Weil Adenauer die Befehle der Wallstreet ausführte . . .

Verschärfte Wirtschaftskrise im Separatstaat

Der Wirtschaftsausschuß der Hohen Kommission hat in einem Memorandum der Adenauer-Regierung erneut die Schuld für die verschärfte Wirtschaftskrise in Westdeutschland vorgeworfen.

Wir wissen, daß die Marshallplan-Politik Adenauers die Wirtschaftskrise verschärft hat, und haben schon wiederholt geschrieben, daß Adenauer und seine Kumpanen sich ständig bemühen, die Befehle der Wallstreet auszuführen. Zugegeben haben die Minister der Spalterregierung diese Marionettentätigkeit jedoch nicht, sie haben im Gegenteil immer versucht, das deutsche Volk zu täuschen und reden von „westlicher Demokratie“ und von der wachsenden Unabhängigkeit der westdeutschen Regierungsmacht.

Eine einzige scharfe Rüge der Hohen Herren hat genügt, und die Adenauer, Erhard und Companie vergessen diese Beteuerungen. Sie geben ihre Marionettentätigkeit bekannt, um sich bei den Hohen Herren zu entschuldigen. Durch die bürgerliche Presse geht die Erhardsche Erklärung:

„Wir weisen darauf hin, daß die Bundesregierung lediglich die Weisungen des Marshallplan-Administrators ausführt.“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 16. Februar 1950.)

Was sind das für Gründe, welche das amerikanische Finanzkapital veranlaßt, ungeduldig zu werden und ihre Mitarbeiter in Westdeutschland bloßzustellen. Es sind die wachsenden Mißerfolge, die zu der Offenheit ihrer Sprache führen. Schlechte Stimmung herrscht in den USA. Die „Wirtschaftsrevue“ vom 15. Februar 1950 schreibt:

„Auch mit der ECA und mit den Plänen über eine wirtschaftliche Integrierung Westeuropas haben die Vereinigten Staaten keine geringe Sorge.“

Die Schwierigkeiten der amerikanischen Wirtschaft wachsen ständig. Dazu kommt, daß die westeuropäischen Pläne der amerikanischen Imperialisten nicht so entwickelt werden können, wie man sich das gedacht hatte. Auch der Sieg der Volksrepublik China hat ihre Sorgen vergrößert. Der Berater amerikanischer Banken in Chikago, Dr. Melchior Palyi, spricht dieses aus:

„Man solle sich auch nicht vormachen, die bisherige Finanzpolitik gegenüber Europa halte den Kommunismus auf. Noch niemals sei der Kommunismus derart schnell und breit vorgedrungen wie im Zeitraum des Marshallplans.“ („Handelsblatt“ 15. Februar 1950.)

Und an einer anderen Stelle desselben Artikels erklärt Palyi:

„Unsere weltweite Planung auf dem Gebiete weltweiten Handelns und des Geldes ist ein trüber Fehlschlag.“

Die Herren der Wallstreet wissen um diesen Fehlschlag, aber dennoch wollen sie den Teufel mit Beelzebub austreiben. Der Marshallplan hat ihnen nicht die „Stabilisierung“ in Europa gebracht, welche die gewünschten Absatzmärkte für die amerikanischen Waren schaffen sollte. Deshalb verstärkt man jetzt den Druck auf die marshallisierten Länder und will durch die Liberalisierung des Handels die Grenzen öffnen für den Absatz der amerikanischen Waren. Die ECA-Mittel sollen nur noch an die Länder abgegeben werden, die den Liberalisierungswünschen der USA nachkommen. Der Marshallplan-Administrator Hoffman beschuldigt ganz offen Großbritannien, die Liberalisierung des europäischen Handels zu hemmen. Hoffman will deshalb besonders Großbritannien die Marshallplan-Gelder kürzen.

In Westdeutschland ist der Wirtschaftsminister Erhard den Wünschen der Amerikaner weitgehend entgegengekommen, soweit, daß ihm sogar zum Vorwurf gemacht wird: er habe seine europäischen Kollegen in der Abschaffung von Importbeschränkungen bei neuen liberalisierten Handelsabkommen überflügelt. („Industriekurier“, 16. Februar 1950.)

Wenn trotzdem der Wirtschaftsausschuß der Hohen Kommission die Wirtschaftspolitik in Westdeutschland kritisiert und von der Adenauer-Regierung Maßnahmen zur Beschäftigung der Arbeitslosen verlangt, dann hat die Sache einen Haken. In Westdeutschland wird die Erkenntnis immer stärker, daß der Marshallplan die Ursache ist für die große Arbeitslosigkeit und die Schuld für die verschärfte Wirtschaftskrise trägt. Diese Meinung ist so weit verbreitet, daß man es in Bonn nicht für angebracht hält, gerade jetzt die „Erfolge“ des Marshallplans zu betonen — die Pariser Marshallplan-Verwaltung hatte für die Propaganda des Marshallplanes in Deutschland 7 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Um aber von den verderblichen Folgen der Marshallplan-Politik für Westdeutschland abzulenken, erklärt man die Adenauer-Regierung für schuldig, ohne zu sagen, daß diese stets nur der ergebene Diener der amerikanischen Marshallplan-Politiker war.

Immer stärker wird in der westdeutschen Wirtschaft der Ruf nach dem Handel mit Osteuropa. Die „Wirtschaftsrevue“ vom 15. Februar 1950 schreibt:

„Wir müssen unseren Export nach Osten verstärken, insbesondere solange unser Export nach Westen noch auf sehr hohe Zollmauern und andere Behinderungen stößt. Die Entscheidung liegt allein bei den Alliierten, denn sie behindern unseren Export nach Osten und nach Westen.“

Diesem Drängen der westdeutschen Wirtschaft und darüber hinaus der westdeutschen Wirtschaft nach dem Handel mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und der Volksrepublik China aber will die Marshallplan-Verwaltung mit Gewalt entgegentreten. Wir können im „Industrie-Kurier“ vom 16. Februar 1950 lesen, daß die OEEC bereits schwarze Listen über europäische Firmen führen soll, die die Bestimmungen für Lieferungen hinter den „Eisernen Vorhang“ nicht eng genug ausgelegt haben.

Walter Ulbricht hat erklärt, daß bei den Verhandlungen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Volksrepublik China auch die Liefermöglichkeiten westdeutscher Betriebe mitberücksichtigt würden. Allen Bemühungen der Marshallplan-Verwaltung und der Adenauer-Regierung zum Trotz wird die westdeutsche Wirtschaft den Weg zum Handel mit Osteuropa und China finden. Mit dem Kampf für die Nationale Front wird auch der Kampf gegen die Wirtschaftskrise in Westdeutschland geführt. Dieser Kampf muß gegen die Adenauer-Regierung gerichtet sein, da die Praxis beweist, was wir schon bei der Unterzeichnung des ECA-Abkommens gesagt haben: mit der Adenauerschen Unterschrift unter das Abkommen haben sich die Minister der Spalter-Regierung zum ausführenden Organ des amerikanischen Monopol-Kapitals gemacht.

H. H.

Kategorisches Nein zur Kolonisierung Westdeutschlands

Regierungserklärung über die Außenpolitik der DDR

Berlin (EB). Der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Georg Dertinger, gab in der Volkskammer der DDR eine Regierungserklärung über die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik ab. Die Rede Minister Dertingers endet mit der zusammenfassenden Erklärung:

„Wir sind überzeugt, daß unsere Forderung nach einem gesamtdeutschen Friedensvertrag und nach dem damit verbundenen Abzug der Besatzungstruppen eine Forderung ist, die im Interesse aller friedliebenden Völker liegt. Erst mit dem deutschen Friedensvertrag kann der Weltfriede wirklich als gesichert erscheinen. Dann kann die Menschheit wieder aufatmen und alle Kräfte der Hände und des Geistes und die unermeßlichen Reichtümer der Welt wirklich in den Dienst des Friedens stellen. Aus dieser Verantwortung vor dem Schicksal aller Völker stellen wir der anglo-amerikanischen Politik im Augenblick ihres Ueberganges zu beschleunigter Kolonisierung der westlichen Besatzungszonen ein kategorisches Nein entgegen. Aus dieser Verantwortung heraus erheben wir die Forderung nach einem beschleunigten Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland. Aus dieser Verantwortung heraus bekennen wir uns zur Freundschaft mit der UdSSR, allen Volksdemokratien, mit allen friedliebenden Ländern und allen Menschen, die guten Willens sind.“

Atomenergie und Elektrifizierung

Die Friedensarbeit der Sowjet-Union

Moskau. (Nach dpa) Die Sowjetunion wird die Atomenergie der Elektrifizierung nutzbar machen. Dies geht aus Erklärungen von zwei Mitgliedern der Sowjet-Akademie hervor. Diese Akademie-Mitglieder, die Wissenschaftler Gleb Krschischanowski und A. W. Winter, erklärten in einem vom Moskauer Rundfunk zitierten Artikel in der „Iswestija“, die Sowjetunion plane, ein umfassendes einheitliches System zur Herstellung elektrischer Energie zu entwickeln. Dabei würden die Energiequellen auf neue Weise und in bisher nicht dagewesenem Umfang ausgenutzt werden. Titanische Kräfte in Form der Atomenergie würden dem Sowjetvolk zur Verfügung stehen.

Die beiden Sowjet-Wissenschaftler fügten hinzu, die Sowjetunion sei in der Reihe der europäischen Stromerzeuger seit dem Kriege vom 11. auf den 1. Platz gerückt. (Reuter)

„Wir sind bereit zu helfen!“

Deutsche Demokratische Republik sorgt für die Bevölkerung Westdeutschlands

„Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist das Problem Nr. 1 für die Bundesregierung“, sagte Arbeitsminister Anton Storch, und er versprach, die Arbeitslosenzahl um mindestens die Hälfte zu reduzieren. Denkt Herr Storch etwa daran, für Rüstungsarbeiten, für Adenauers „deutsches Kontingent in einer europäischen Armee“ unsere Steuergroschen zu verpulvern und so die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu beseitigen? Krieg und Massengrab; das ist der Weg der in Westdeutschland beschritten wird.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik dagegen erfüllen in friedlicher Arbeit die Aufgaben, die sie sich im Wirtschaftsplan 1950 gestellt haben. Weitgehende Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern ist ihr Planziel für 1950. Natürlich kann es unter einer solchen Planung keine Arbeitslosigkeit geben; im Gegenteil, es herrscht Mangel an Qualitätsarbeitern. Allein das neue Stahl- und Walzwerk Brandenburg, dessen Grundstein am 15. Februar gelegt wurde, wird 2150 Mann benötigen. Dieses Stahlwerk, das im Verlauf von 2 Jahren eine Kapazität von 500 000 Tonnen erreichen wird — die Gesamterzeugung von Siemens-Martins-Stahl in der DDR betrug im Jahre 1949 450 000 Tonnen — wird entscheidend mit zur Produktionserweiterung der Maschinenbauindustrie beitragen. Das Stahldefizit der Wirtschaft ist damit jedoch noch nicht gedeckt. Denn gerade die Maschinenbauindustrie soll in den Stand versetzt werden, den Export hochwertiger Erzeugnisse so zu steigern, daß die Lebensmitteleinfuhren gemäß den Bedürfnissen der Bevölkerung erhöht werden können. Bei der Grundsteinlegung des Stahlwerkes Brandenburg betonte Industrieminister Selbmann die Bereitschaft der Regierung, Rohstahl und Walzwerkerzeugnisse besonders aus Westdeutschland zu beziehen, damit einigen tausend Stahlarbeitern wieder Lohn und Brot gegeben werden.

Aber die Hilfe für Westdeutschland ist noch weitgehender. Der Aufschwung des Außenhandels der Deutschen Demokratischen Republik ist so gewaltig, daß der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht versprechen konnte, die Interessen der Bevölkerung in Westdeutschland mit zu berücksichtigen, bei den Handelsverträgen mit der Sowjetunion, den Volksdemokratien und bei den Verhandlungen für ein erstes Handelsabkommen der Deutschen Demokratischen Republik mit der Volksrepublik China.

„Wir sind bereit, der westdeutschen Bevölkerung zu helfen“, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht, vor der Volkskammer.

„Unsere Aufgabe besteht also darin, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entwicklung der Wirtschaft in Westdeutschland, soweit das in unseren Kräften steht, zu fördern. Wir hoffen, daß die Bevölkerung in Westdeutschland erkennt, daß eine um so erfolgreichere Hilfe durchgeführt werden kann, je stärker die Deutsche Demokratische Republik und je fester die demokratische Ordnung ist.“

Kann man nach diesem Eintreten der führenden Männer der Deutschen Demokratischen Republik für die Interessen der westdeutschen Bevölkerung, das übrigens der Politik entspricht, die dort seit dem Sturz der Hitlerherrschaft getrieben wird, annehmen, daß die Hetzreden der Adenauer und Schumacher gegen die Deutsche Demokratische Republik weiterhin ein gläubiges Publikum finden? Es ist jedenfalls an der Zeit, daß die Notleidenden in Westdeutschland erkennen, wer ihre wahren Freunde und wer ihre Feinde sind. Der Kampf gegen die Adenauer und die rechten Führer der SPD vom Schlage Schumachers ist der Kampf um eine einheitliche Deutsche Demokratische Republik. Daß in der wiedervereinigten Nation Krise und Arbeitslosigkeit überwunden werden, garantiert der siegreiche Aufschwung in jenem Drittel Deutschlands, in dem bereits heute für Gesamtdeutschland geplant und gearbeitet wird.

W. F. C.

Albert Einsteins Illusion

Das Volk fürchtet sich vor dem Wettrennen der H. und A.-Bomben; für die Munitions- und Stahlkonzerne der Wallstreet ist es ein Bombengeschäft. Die Kluft zwischen dem amerikanischen Volk und der Regierung wird größer. Die Regierung führt als „nationale Verteidigung“ getarnt eine Politik der nationalen Katastrophe durch. Jeden Tag weisen Wissenschaftler nach, daß im Namen der „Verteidigung“ Amerika dem Ruin nahe gebracht wird.

Unter denen, die ihre Stimme für neue Verhandlungen über Atomfragen erhoben haben, befinden sich viele, deren Ansichten stark voneinander abweichen. Wie man erwarten kann, herrscht Verwirrung unter ihnen. Auch Illusionen gibt es. Wenn Dr. Einstein eine „Weltregierung“ als einzigen Ausweg aus dem Dilemma fordert, so stimmen wir nicht mit ihm überein, obwohl wir seinen glühenden Wunsch, diese Geißel ungesetzlich zu machen, warm begrüßen. Die „Weltregierung“, die er wünscht, kann in der Zukunft nur durch die befreiten Völker der Welt geschaffen werden. Zwei Drittel der Menschheit ist noch nicht frei. Sie werden durch Privatkapitalisten, Bankiers, Geldleute, Faschisten, Monarchisten und Agenten der Banken von London und Wallstreet regiert.

Eine „Weltregierung“ dieser Menschen, würde nicht ein freier Zusammenschluß befreiter Völker sein; sie würde lediglich die Ausdehnung des Atlantik-Kriegspaktes auf die ganze Welt bedeuten. Es wäre ein Dollar-Imperium trotz der sehr aufrichtigen Absichten einiger seiner friedfertigen Anhänger. Der Weg zum Frieden liegt vor uns. Es ist der Weg der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, um Atomwaffen und Atomkrieg als ungesetzlich zu erklären, wie dies von der Sowjetunion vorgeschlagen wurde. In dieser entscheidenden Frage kann und muß sich die Mehrzahl des Landes unverzüglich vereinen.

Das amerikanische Volk muß darauf dringen, daß Washington ohne wenn und aber Verhandlungen aufnimmt, um die Atombombe für ungesetzlich zu erklären und diese durch ein System der weltweiten Inspektion durch die UN stützt. Die Sowjetunion ist dazu bereit. Nur die verbrecherische Minderheit, die auf Grund des kalten Krieges an Lieferungsverträgen profitiert, hat allen Grund sich einer solchen Uebereinkunft zu widersetzen.

„Daily Worker“, New York

Pressestimmen

Indochinä: „Der schwächste Punkt in der Verteidigungslinie des Westens“

Der Kreml hat seinen Schauplatz mit einem sicheren Gefühl für Propaganda gut gewählt. Es wäre dumm, zu bestreiten, daß der französische Krieg in Indochina in Frankreich sehr unbeliebt ist, daß man ihm in Indien und anderen Ländern des Ostens mit Mißtrauen begegnet und daß er in Großbritannien und den Vereinigten Staaten erhebliches Befremden ausgelöst hat. Man kann sich schwerlich irgendeine andere, zu einer Kraftprobe zwischen der Sowjetmacht und den westlichen Demokratien führende Tagesfrage vorstellen, in der ein westlicher Liberaler so wenig Befriedigung fühlen oder so wenig Eifer zur Verteidigung der Sache zeigen würde, wie die, die er nun verteidigen muß. Es liegt leider in der Natur der gegenwärtigen Weltlage, daß Rußland die Möglichkeit hat, den schwächsten Punkt in der Verteidigungslinie des Westens für seinen Angriff auszusuchen. Seit die westlichen imperialistischen Kriegshetzer völlig in der Defensive stehen, haben die kommunistischen Friedensmacher die Initiative in der Hand und können in völliger Sicherheit aussuchen, wo und wann sie angreifen wollen. Sie können ihre Schläge von einer Front auf die andere verlagern, ihren Druck erhöhen oder mildern, je nach der Erfahrung oder Berechnung des militärischen und moralischen Widerstandes gegen ihre Pläne. Man braucht sich nicht zu wundern, daß sie Indochina ausgesucht haben, eine Frage, in der sie als Verteidiger der Kolonialvölker gegen den Imperialismus auftreten, den größten Vorteil aus dem Unwillen des französischen Volkes ziehen, und Großbritannien und die Vereinigten Staaten in eine unangenehme Anerkennung einer französischen Politik drängen können . . .

„The Economist“, London.

SU hat dem chinesischen Volk Konzessionen gemacht

In dem bedeutsamen chinesisch-russischen Abkommen, das am 14. Februar 1950 in Moskau unterzeichnet wurde, hat die Sowjetunion an das kommunistische China Konzessionen gemacht und nicht umgekehrt. Was auch immer die Angebote sein mögen, die die Regierung von Peking als Gegenleistung machen mußte, so wird die Großmütigkeit, die Stalin seinem Partner Mao Tse Tung entgegenbringen wollte, einen tiefen Widerhall im chinesischen Volk finden.

„Le Monde“, Paris

Antisemitismus im englischen Wahlkampf

Antisemitische Provokateure drohen Versammlungen jüdischer Kandidaten in und um Manchester zu sprengen. Acht Kandidaten von vier politischen Parteien sind darin verwickelt. Antisemitische Zwischenrufer haben schon versucht, ihre Propaganda bei Versammlungen anzubringen, die von einem der jüdischen Kandidaten, dem Labour-Kandidaten, Mr. Leslie Lever gehalten wurde. Am Montagabend wurde ein Sympathisierender der Labour Partei beim Verlassen einer Versammlung die Mr. Lever einberufen hatte, zusammengeschlagen...

Die Vereinigung ehemaliger jüdischer Frontkämpfer in Manchester hat in Erwartung weiterer Versuche, jüdische Versammlungen zu sprengen, Beobachter entsandt. Inzwischen wird in Manchester eine 32seitige antisemitische Broschüre verkauft: „Die Londoner Proklamation der europäischen Befreiungs-Front“. Ein Punkt in dieser Broschüre lautet: „Die sofortige Ausweisung aller Juden und anderer parasitärer Fremdlinge von der europäischen Erde.“

„Reynolds News“, London

„Schöne Redensarten“

Wenn der amerikanische Hohe Kommissar (In seiner Stuttgarter Rede. Die Red.) auch ausgezeichnete Dinge sagte, so erscheint es doch zweifelhaft, ob sie dazu helfen, die Lage in Westdeutschland zu klären. Zunächst sind die Schwierigkeiten in erster Linie wirtschaftlicher Natur und er hat sich vor allem mit der politischen Seite des Problems befaßt. Als er in neun Punkten darlegte, daß Deutschland Mitglied eines freien Europas werden soll, daß es von seinem Verantwortungsbewußtsein Zeugnis ablegen muß usw., hat er schöne Redensarten gebraucht, die nützlich sein können, um daran zu erinnern, daß man ihn höflich anhören muß. Ob sie aber eine Wirkung ausüben, ist nicht sicher.

„Le Monde“, Paris.

USA verdrängte Europa von südamerikanischen Märkten

Auf dem lebenswichtigen latein-amerikanischen Markt betragen die europäischen Exporte, die einmal doppelt so hoch wie die der Vereinigten Staaten waren, im Jahre 1948 weniger als die Hälfte des amerikanischen Anteils.

„The Economist“, London.

US-Bergarbeiter nicht zu schrecken

Washington. (EB) Weitere 10 000 Bergarbeiter haben sich dem Streik im Kohlenbergbau angeschlossen. Es ist dies eine bezeichnende Antwort auf den Zwang, die Arbeit wieder aufzunehmen, den Präsident Truman durch die Anrufung des Obersten Bundesgerichtes und der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, John Lewis, durch eine gleichartige Aufforderung auszuüben versuchen. Die Kumpels im amerikanischen Kohlenbergbau lassen sich durch das Taft-Hartley-Gesetz nicht schrecken und durch die Ermahnungen John Lewis nicht weichmachen.

Ultimatum der Indianer

125 000 Indianer in Kanada ohne Staatsbürgerrechte

Ottawa. Der kanadische Ministerpräsident St. Laurent hat in diesen Tagen von dem Generalsekretär der Selbstverwaltung nordamerikanischer Indianer, Jules Sioui, das Ultimatum erhalten, „Der Sklaverei der Indianer sofort ein Ende zu setzen“. Sioui teilte mit, er werde bis zum Tode fasten, wenn dem Verlangen der Indianer nicht entsprochen wird. Er will damit der Welt vor Augen führen, daß die Indianer von „barbarischen, grausamen und mörderischen Eindringlingen“ vernichtet wurden.

Das Ultimatum wird als Zeichen der immer weiter um sich greifenden Unzufriedenheit von 125 000 Rothäuten angesehen, die die Gewährung von Staatsbürgerrechten verlangen. (AFP)

Verletzung der diplomatischen Praxis

Sofia. Die bulgarische Regierung bezeichnete den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Bulgarien am Mittwoch als „eine Verletzung der diplomatischen Praxis“. In einer offiziellen Erklärung heißt, diese amerikanische Maßnahme könne nur als Versuch gedeutet werden, stärkeren Druck auf Bulgarien auszuüben. (Reuter)

Atomwissenschaftler fordern Kontrolle

London. Elf führende britische Atomwissenschaftler, darunter der Sekretär des Atomausschusses des Verbandes der britischen Wissenschaftler, Dr. Burhop, veröffentlichten eine Erklärung, in der sie unter Hinweis auf die verheerenden Wirkungen eines Atomkrieges die britische Regierung auffordern, umgehend mit der Sowjetunion Fühlung zu nehmen.

Bankrott der Churchill-Politik

Moskau. Winston Churchills Vorschlag, auf höchster Ebene neue Verhandlungen mit der Sowjetunion zu führen, bezeichnete der Sender Moskau am Mittwochabend als Eingeständnis des Bankerotts jener Politik, die Churchill vor vier Jahren in seiner Rede in Fulton verkündete. „Churchill versucht, den Wunsch der britischen Bevölkerung nach Frieden für seine eigenen Wahlmachenschaften auszunutzen. Aber die Fulton-Politik, die auf die Weltherrschaft der anglo-amerikanischen Monopole abzielte, ist völlig gescheitert. Churchills Wahlmanöver sind ein deutlicher Beweis dafür. (Reuter)

Es wird bestritten

Bremen. (Nach dpa) Das Hauptquartier der amerikanischen Hafenverwaltung Bremerhaven bestreitet in einer Stellungnahme, daß die gemeldeten 674 Panzer in Bremerhaven ausgeladen worden seien.

Radio-Hörer!

Der Deutschlandsender bringt in seiner Sendung für Westdeutschland am Samstag, den 25. Februar, um 21 Uhr, eine Hörfolge zum Demontagestop-Prozeß in Hannover.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Sie spielen Gangsterles

Das Maskentreiben ist zu Ende und die Demaskierung zeigt uns wieder die rauhe Wirklichkeit und das wahre Gesicht unseres kolonialen Daseins im deutsch-amerikanischen Westen. Die in der Faschingszeit bevorzugten Maskierungen lassen gewisse Schlüsse auf vorhandene Mentalität und geistige Infiltrationen zu. Nicht nur bei den Erwachsenen, sondern auch bei den Kindern. Es war ein Vergnügen, die Erfindungsgabe und den urwüchsigen Humor der Kinder zu studieren, die mit langen Kleidern, Großmutters Federhut, Schleier und sonstigen verstaubten Moderequisiten ausstaffiert den karnevalistischen Ton viel besser trafen als die meisten Erwachsenen. Die Freude an dem lustigen Treiben der Kinder war aber nicht ungetrübt. Bei den Buben mußte man leider eine sehr bedenkliche Vorliebe für Schießeisen bemerken. Nicht nur die zahllosen Cowboys, sondern auch viele „Zivilisten" fuchtelten mit Kinderpistolen umher, legten aufeinander und auf Passanten an und wenn es beim Schuß sogar noch knallte, war die Realität fast hergestellt — es fehlten nur noch die in den Wildwest-Filmen zu Haufen liegenden „Erschossenen".

Nur ein kindliches Spiel? wird man sich fragen. Gewiß gibt sich solch ein Bürschlein keine Rechenschaft darüber, daß diese „symbolische" Handlung, die er begeht, wenn er eine Spielzeugpistole auf einen Menschen richtet, in der Wirklichkeit Tötung bedeutet. Man sollte ihm das aber klar machen, genau so wie man Kinder belehren muß, die gedankenlos Tierquälereien begehen. Ein Vergleich mit den Indianerspielen unserer Kinderzeit ist abwegig, denn die Jugend von heute hat in den zahllosen amerikanischen Wildwest- und Gangsterfilmen, mit denen unsere Kinos heute überfüttert werden, leider nur zu bedenkliche Anregungen für ihre Phantasie. Wie der Nachahmungstrieb der Kinder dabei reagiert, ließ sich an einem Beispiel sehr genau nachprüfen. In einem unlängst gezeigten ausländischen Film bindet sich der „Held", bevor er kaltblütig einen Doppelmord begeht, ein dreieckiges Tuch vor die untere Gesichtshälfte, um unerkannt zu bleiben. Von den Buben, die beim Fastnachtstreiben die Kinderpistole in der kleinen Faust hielten, trugen nicht wenige das dreieckige Tuch vor dem Gesicht wie jener Doppelmörder im Film. Wer diese Kinder in der gleichen Pose wie er sie an dem Mörder im Film kannte, sah, dem mußte wohl der Spaß bei diesem Anblick vergehen.

Gerade solche Beispiele zeigen uns deutlich die Gefahr für unsere Jugend, die in der Ueberschwemmung unserer Kinos in den Westzonen mit solchen Gangster- und Wildwest-Filmen liegt. Wollen wir noch lange untätig zusehen, wie unsere Buben „Gangsterles" spielen lernen? Ist das auch ein Teil des amerikanischen Erziehungsprogramms für die deutsche Jugend? Ob das amerikanische Gangstertum, das sich ja nun auch bei uns immer mehr auszubreiten beginnt, durch die einschlägigen Hollywood-Filme ausgebrütet wurde oder ob das Gangstertum als Primäres das amerikanische Filmschaffen so befruchtet hat, mag dahingesellt bleiben — daß aber dabei Zusammenhänge bestehen, ist außer Zweifel. Dient man mit solchen Anregungen an eine Jugend, die gewiß mehr an Grauen gesehen und erlebt hat als alle Generationen vor ihr, der Erhaltung des Friedens, der friedfertigen Gesinnung und der Achtung vor dem Menschenleben? Wo bleibt in diesem Fall der Ruf nach Schutz für die Jugend von jener sich dazu berufen haltenden Stelle, die sonst so schnell mit einem „Schmutz- und Schundgesetz" bei der Hand ist? Hier ist einer jener Fälle, von denen der Genosse M. Suslow bei der Beratung des Informationsbüros der Kommunistischen Parteien sagte, daß diese Kriegspropaganda **„einen Widerstand in den allerverschiedensten Formen begegnet, einschließlich des Massenboykotts von Filmen, Zeitungen, Büchern, Zeitschriften, Rundfunkgesellschaften, Organisationen und Politikern, die den Krieg predigen."**

Blindenwaren sind gekennzeichnet

Stuttgart. (lwb) Der Verband „Deutsche Blindenarbeit e. V." hat zum Schutz der Käufer von Blindenwaren ein Blindenwarenschutzzeichen herausgegeben, das in einem Kreis eine strahlende Sonne und zwei greifende Hände sowie das Wort „Blindenarbeit" trägt. Das Zeichen ist beim Patentamt in München registriert. Sämtliche von Blinden hergestellten Erzeugnisse sind künftig mit diesem Siegel gekennzeichnet.

Wie der Verband mitteilte, hat der Mißbrauch von Blindenwaren in der letzten Zeit einen großen Umfang angenommen. Es wird darauf hingewiesen, daß Vertreter, die echte Blindenwaren anbieten, einen einheitlichen gelben Ausweis mit Lichtbild und Stempel der „Deutschen Blindenarbeit e. V." bei sich führen. Die Käufer werden gebeten, sich beim Angebot von Blindenwaren diese Ausweise vorzeigen zu lassen.

Ein rabiater Bauunternehmer

Der Boden unter den Füßen entzogen — „. . . ab in den Bunker . . ."

Mannheim. -qu- Ein neuer Wohnungsskandal bahnt sich an. Die von der ehemaligen Baufirma Schuhmacher, der heutigen „Siedlungsgesellschaft Untere Mühlau" verursachten Differenzen zwischen ihr und den Mietern der sogenannten „Schuhmacher-Häuser" in der Unteren Mühlau-Straße sind keineswegs nur neueren Datums. Schon vor einem halben Jahr bereits versuchte die Gesellschaft die Bewohner der Siedlung auf die Straße zu setzen. Damals bekamen 25 Mietparteien über Nacht Kündigung und Räumungsbefehl zugestellt. Schon beim ersten Mal drohte die Gesellschaft, die Bewohner einfach auf die Straße zu setzen, ohne sich die geringsten Gedanken darüber zu machen, wie diese Menschen dann untergebracht werden könnten.

Ein Teil der Mieter wandte sich zu dieser Zeit sofort an das Wohnungsamt mit der Forderung, dem Vorhaben der Gesellschaft auf keinen Fall zuzustimmen. Das Wohnungsamt lehnte dann auch die verlangte Räumung ab, weil ganz einfach für diese 25 Mietparteien keine andere Unterkunftsmöglichkeit vorhanden war. Danach war ein halbes Jahr Ruhe.

Vor ungefähr vier Wochen ging dann das Theater erneut los. Die Gesellschaft drängte wiederum auf Räumung. Auch diesmal lehnte das Wohnungsamt strikte ab und gab zu verstehen, daß, wenn die Gesellschaft, wie sie beabsichtigte, ihre teilweise zerstörten Häuser wieder neu aufbauen will, sie dafür sorgen müsse, ihre Mieter anderweitig unterzubringen.

Trotz einer unmittelbar danach vom Wohnungsamt zugestellten Aufforderung, zur Aussprache über dieses dringende Problem zum Wohnungsamt zu kommen, dachte die Gesellschaft nicht im geringsten daran, dies zu tun. Sie ging vielmehr in einer unsozialen und rücksichtslosen Weise zur Initiative über. Das ist bei dem Ruf der Firma, die von einem prominenten ehemaligen Nazi an seine Verwandten überging, eigentlich nicht verwunderlich.

Damals wandten sich verschiedene Bewohner der Siedlung mit der Bitte um Beleuchtung dieser traurigen Zustände nicht nur an den „Mannheimer Morgen", sondern auch an die „Abendzeitung". Die Arbeiter der Unteren Mühlau-Siedlung waren sehr erstaunt, daß von den dortigen Verhältnissen in der bürgerlichen Presse keine Notiz genommen wurde.

Vor einigen Tagen kam der eine Gesellschafter, Herr Karle, zu den Mietern und eröffnete ihnen unmißverständlich und eindeutig folgendes: „Daß Sie es wissen, Sie müssen sofort räumen. Ich schicke Ihnen den Möbelwagen und dann können Sie in den Bunker."

Dazu drohte er noch zusätzlich mit der Polizei. Als das alles nichts nützte, und die Mieter eine anderweitige gleichwertige Unterbringung schriftlich bestätigt haben wollten, ging die Gesellschaft dazu über, sogenannte vollendete Tatsachen zu schaffen.

Diese Methode sah, an einem Beispiel beleuchtet, folgendermaßen aus: Bei dem aus drei Häusern bestehenden Wohnblock Untere Mühlaustraße 53—55 ist das Haus Nr. 54 zerstört. Die beiden anliegenden Häuser sind teils mit dem Schutt des zerstörten Hauses im Fundament aufgefüllt. Bei einer Schutträumung besteht die unmittelbare Gefahr des Einsturzes. Als nun die Gesellschaft dazu überging, in obigem Hause in Ermangelung einer gesetzlichen Handhabe den Schutt einfach entfernen zu lassen, wollte man nicht nur die Bewohner, sondern im gleichen Augenblick auch das Wohnungsamt zum Handeln zwingen und prägte dazu wenig beeindruckt immer wieder das bewußte Schlagwort „Bunker".

Gestern früh wandten sich verschiedene Bewohner auf Grund der akuten Gefahr und in ihrer Not an die kommunistischen Stadträte Locherer und Eimuth, die sich sofort mit dem Wohnungsamt und der städt. Baukommission in Verbindung setzten, so daß dem Vorhaben der rücksichtslosen Gesellschaft unmittelbar darauf Einhalt geboten werden konnte. Augenblicklich schweben noch Verhandlungen mit der Gesellschaft.

Die Handlungsweise der Gesellschaft ist um so verwerflicher, als die aus ausschließlich armen Leuten bestehenden Mieter im Jahre 1945 unter vielen Entbehrungen aus eigenen Mitteln die damals beschädigten Wohnungen aufbauten. Damals waren weder Kanalisation, noch Fenster, noch Fußböden usw. vorhanden. Die Gesellschaft hatte dazu nicht nur keinen Pfennig zugeschossen, sondern vom ersten Tag an die volle Miete verlangt.

Aber die Siedlungsgesellschaft möchte ihre Mieter nicht nur aus dem Grunde kündigen, weil sie den Neubau beabsichtigt — sie hat sich auch auf keine Zusagen einer erneuten Vermietung an dieselben Bewohner eingelassen — sondern sie ist offensichtlich bestrebt, heute schon nur kapitalskräftige Mieter aufzunehmen, d. h. Leute, die in der Lage sind, einen Baukostenzuschuß von 1000 bis 2000 DM zu geben. Die Arbeiter, die bisher in der Siedlung wohnten, sind dazu nicht in der Lage. Außerdem rechnet man damit, daß die bisherigen Bewohner nach dem Umbau keine Neubaumieten zahlen können. Im übrigen bezeichnete Karle den Widerstand der Mieter gegenüber den unglaublichen Methoden der Gesellschaft als „böswillig".

Alle 25 Mietparteien hoffen, daß das Wohnungsamt in Verbindung mit der städt. Baukommission eine gerechte und soziale Lösung finden und der Handlungsweise der Gesellschaft endlich energisch Einhalt bieten wird.

Wir werden unsere Leser über das Ergebnis der Verhandlungen noch unterrichten.

Neue Methode der Lehrlingsausbildung, aus Amerika importiert

Mannheim. Die Industrie- und Handelskammer Mannheim beabsichtigt, in nächster Zeit zahlreiche Spezialisten für die Ausbildung von Lehrlingen der Mannheimer Betriebe mit einer neuen Lehrmethode vertraut zu machen. Es handet sich dabei um das sogenannte amerikanische „Mc. Carthy-Programm", das angeblich besondere psychologische und pädagogische Grundsätze vermittelt. Es heißt dazu in einer Pressemeldung: „Durch dieses Schulungsprogramm, das seit Jahren in der amerikanischen Industrie erfolgreich angewendet wird, soll der Mensch mehr in den Mittelpunkt des Betriebes gestellt werden. Falls sich die Spezialisten für das Programm aussprechen, soll die Methode zur Grundlage der Lehrlingsausbildung im Bereich der Industrie- und Handelskammer Mannheim gemacht werden."

Wenn uns von dem hochkapitalistischen Amerika eine Arbeitsmethode importiert werden soll, dann sind wir mehr als skeptisch. Was in dieser Beziehung bisher von dort kam, waren raffiniert ausgeklügelte Systeme zur restlosen Ausnützung und Ausbeutung der Arbeitskraft. Merkwürdigerweise haben die Gewerkschaften, also die Vertretungen der Arbeiterschaft, noch keine Kenntnis davon. Die Industrie- und Handelskammer hat diese Methode empfohlen.

Alle diese Vorzeichen sind nicht besonders günstig zur Beurteilung derselben, wenigstens vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus, und auch die verlockende Anpreisung, daß „der Mensch mehr in den Mittelpunkt des Betriebes gestellt werden soll", kann unsere Skepsis nicht zerstreuen. Es ist unmöglich, daß in dem amerikanischen hochkapitalistischen Wirtschaftssystem überhaupt irgend eine Arbeitskraft Mittelpunkt sein kann. Dort ist der Unternehmer und sein Profitinteresse einzig und allein Mittelpunkt. Solange unsere Betriebe nicht Volkseigentum sind, wird der schaffende Mensch niemals Mittelpunkt eines Betriebes sein.

Daß sich diese neue Methode in Amerika „bewährt" hat, beweist nur, wie richtig unsere Vermutungen sind. Es ist notwendig, daß sich sowohl die Gewerkschaften wie auch die Betriebsräte beim ersten konkreten Auftauchen dieses Systems sehr intensiv mit dessen Studium befassen und die nötigen Schritte dann unternehmen.

Der Alltag illustriert

Bravo, Mädels!

Resolute Oberschülerinnen

Emden. (dpa) Mit den Worten: „So, jetzt haben wir's satt", standen die Mädchen der elften Klasse der Oberschule in Emden mitten im Unterricht auf, um beim Oberbürgermeister gegen die schlechten Klassenräume ihrer Schule zu protestieren. Mehrere ihrer Klassengenossinnen waren in der letzten Zeit in den zugigen Klassenräumen, in denen behelfsmäßig der Klassenunterricht gehalten werden muß, bis ein neuer Bau für die im Krieg zerstörte Schule fertig ist, krank geworden.

Im Rathaus wollte man die Mädchen vertrösten, da der Oberbürgermeister nicht da war. Resolut fragten sie sich aber zum stellvertretenden Oberbürgermeister, der gerade die Stadträte zu einer Sitzung versammelt hatte, durch und erklärten: „Wir wollen gesund bleiben und etwas lernen".

Die Stadtväter kapitulierten vor den energischen jungen Damen und versprachen, möglichst rasch für eine Uebergangslösung zu sorgen.

Der Sensenmann auf dem Karneval

6 Tote beim Karneval in Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf. (dpa) Im Verlauf der Karnevalsereignisse kam es in Nordrhein-Westfalen zu mehreren Unfällen, die 6 Todesopfer forderten. Ein schweres Autobusunglück ereignete sich in Gladbeck. Dort stürzte ein vollbesetzter Omnibus von einer Autobahnbrücke herunter, wobei ein 14-jähriger Junge und eine 48jährige Frau getötet und 21 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Der Omnibus befand sich auf der Rückfahrt vom Kölner Rosenmontagszug nach Minden.

In Düsseldorf wurde nach dem Rosenmontagszug ein 12jähriges Mädchen überfahren und tödlich verletzt, in Krefeld lief ein achtjähriger Junge auf der Jagd nach Bonbons in den Prinzenwagen. Er war sofort tot.

Bei einem Karnevalsfest in Duisburg erstach ein 25jähriger Ehemann seinen Bekannten, der im Ueberschwang von Karnevalsfreude die Frau des anderen geküßt und versucht hatte, ihr den Ehering abzuziehen. In Wilnsdorf bei Siegen stürzte ein Mann seinen Zechkumpan von der Gasthaustreppe, wobei dieser eine tödliche Gehirnerschütterung erlitt.

Schäbig und engstirnig

Knauseriger Multimillionär

Rom. (dpa) Giovanni Mannu, der vor rund 2 Wochen beim italienischen Fußballtoto über 77 Millionen Lire gewann und so mit einem Schlage vom Bergarbeiter zum steinreichen Mann wurde, kann sich offenbar noch nicht an die neuen Größenverhältnisse gewöhnen. Jedenfalls drückte er einem Bettler in diesen Tagen nach dem Verlassen der Bank, d. h. nach dem Empfang seiner ungezählten Millionen, sage und schreibe 7 Lire (etwa 5 Pfennig) in die Hand. Zur Entschuldigung führte Mannu an, er glaube an die Glückszahl sieben.

In der Tat gewann er 77 770 000 Lire an dem Tage, da seine Schwiegermutter 77 Jahre alt wurde. Seine Frau lernte er vor 7 Jahren im Juli (also dem 7. Monat des Jahres) kennen und sein Vater hatte 7 Kinder. Die Frage, ob er nicht ohne Gefährdung seiner kabbalistischen Glückssträhne dem besagten Bettler 77 oder gar 770 Lire anstatt nur 7 hätte überlassen können, blieb ohne Antwort.

KZ-Kommandant Suhren

von Häftlingen schwer belastet

Rastatt. (dpa) Das französische Gericht in Rastatt hat am Dienstag im Prozeß gegen den RavensbrückKommandanten Fritz Suhren den Antrag der Verteidigung abgelehnt, den Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS, SS-General Pohl, als Zeugen zu vernehmen. Das Gericht erklärte, daß Pohl, der in Nürnberg zum Tode verurteilt wurde, nur unter Schwierigkeiten von Landsberg nach Rastatt gebracht werden könnte und außerdem bereits in der Voruntersuchung vernommen worden sei.

Die durch ihre Veröffentlichungen über das KZ Ravensbrück bekannt gewordene Schriftstellerin Margarete Buber-Neumann sagte als Zeugin aus, daß während der Kommandantenzeit Suhrens zwischen 1942 und 1945 in Ravensbrück 30 000 Häftlinge gestorben seien. Suhren habe selbst in Strafbunkern Häftlinge mißhandelt. Der Angeklagte gab zu, daß von den Aussagen der Zeugin „sehr viel stimme".

Anträge für Hausratshilfe gesperrt

Nach einer Bekanntgabe des Hauptamts für Soforthilfe ist die Abnahme von Anträgen auf Hausratshilfe vorübergehend gesperrt.

Bis jetzt sind beim hiesigen Amt rund 15 000 Anträge auf Hausrathilfe gestellt worden, die alle nach dem vom Hauptamt festgelegten Dringlichkeitsstufen bearbeitet werden. Die erste und zweite Geldzuteilung ist verbraucht, eine dritte Rate ist zu erwarten. Das Amt hat so vorgearbeitet, daß künftige Geldzuteilungen ohne Verzug den Antragstellern ausbezahlt werden können.

Mit Rücksicht auf die vorgeschriebene Rangfolge der Anträge sind deshalb alle Anfragen zwecklos und hindern die Bediensteten nur an den Arbeiten. Jeder Antrag muß und wird vorbeschieden werden. Bei notwendigen Rückfragen erhält der Antragsteller eine Einladung zum Amt. Es wollen künftighin also nur solche Antragsteller vorsprechen die von uns eine Einladung erhalten haben.

Schutz der Felder und Gärten gegen Tauben

Auf Grund des § 2 der Verordnung des ehemaligen Finanz- und Wirtschaftsministeriums vom 10. 8. 1939 (GuVBl. S. 177) und auf Grund der nach § 3 dieser Verordnung ergangenen Ermächtigung des Präsidenten des Landesbezirks Baden — Abt. Landwirtschaft Ernährung von 12. 4. 1949 - JR 1325 — wird zum Schutze der Frühjahrsaussaat vor Taubenfraß für das Gebiet des Landkreises Mannheim angeordnet, daß Tauben jeder Art in der Zeit

vom 1. März bis 31. März 1950

einzusperren sind. Zuwiderhandlungen werden nach § 13 des Gesetzes zum Schutze landwirtschaftlicher Kulturpflanzen i. d. F. vom 18. 8. 1949 (Ges.Bl. des Vereinigten Wirtschaftsgebietes Seite 257) bestraft.

Pfingsten 1950 nach Berlin!

Betriebsrat Nationaltheater gegen O. B.

Die Betriebsvertretung des Mannheimer Nationaltheaters nimmt zu dem Aufsatz des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Heimerich „Das Theaterproblem in Mannheim" wie folgt Stellung:

Ohne die schwierige Situation zu verkennen, in der sich die Stadtverwaltung Mannheim bei der angespannten Finanzlage befindet, erscheint uns die Erhaltung des Betriebes des Nationaltheaters ohne Verzicht auf das Schauspiel durchaus möglich. Wenn Herr Dr. Heimerich davon überzeugt ist, daß der württemberg-badische Staat eine erhöhte finanzielle Leistung „für eine rationelle Gemeinschaftsarbeit Mannheim-Heidelberg" zu erbringen geneigt ist, so ist darauf zu erwidern, daß der Nachweis der tatsächlichen Wirtschaftlichkeit seines Projektes nach unserer Kenntnis der Dinge kaum zu führen sein dürfte. Die Kalkulation dieses Planes geht wahrscheinlich unter anderem von der Ueberzeugung aus, daß auch bei einem Rumpfbetrieb in Mannheim die stolze Abonnentenzahl in Mannheim erhalten bleiben kann. Wir besitzen jedoch hinreichende Informationen, daß das Mannheimer Publikum nicht geneigt sein wird, sein Abonnement in diesem Umfang zu erneuern, um ein fremdes Schauspiel zu unterstützen. Es wird aber noch ein weiterer Einnahmerückgang zu verzeichnen sein: Das Nationaltheater wird seine bisher gewohnten Gastspiele in Weinheim Neustadt, Landau, Frankenthal, Baden-Baden, Pirmasens usw. nicht mehr durchführen können. Damit ginge dem Etat ein erheblicher Betrag verloren. Und schließlich würde die scheinbare Einsparung bei einem Abbau des Schauspiels durch die notwendige Verstärkung des Opernapparates wieder aufgezehrt werden, sodaß auch in diesem Falle, wie bei den seinerzeitigen Fusionierungsabsichten keine echte Ersparnis zu erzielen sein wird. Schon diese wenigen Einwände lassen die Durchführbarkeit dieses Gemeinschaftsplanes recht zweifelhaft erscheinen.

Herr Dr. Heimerich aber stellt diesen Plan als letzte Lösung des Mannheimer Theaterproblems dar. Wenn er es für möglich hält, für Mannheim-Heidelberg einen zusätzlichen Staatszuschuß zu erreichen, dann müßte es durch geschickte Verhandlungsführung doch gelingen, diesen Betrag für die Erhaltung des Mannheimer Nationaltheaters zu erlangen und damit die Aufrechterhaltung des Betriebes in seiner jetzigen Form zu sichern.

Mit dem stetig wachsenden Besuch in der letzten Zeit hat das Mannheimer Publikum sich erneut zu seinem Nationaltheater bekannt und diese Tatsache läßt eine günstige Prognose auch für die nächste Spielzeit zu. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß sich der Theaterausschuß und Mannheimer Stadtrat bei ihrer Beratung des von Herrn Oberbürgermeister Dr. Heimerich neuerdings empfohlenen Planes der großen Verantwortung bewußt bleiben werden. Es geht auch darum, über die Fortführung einer 170-jährigen Tradition zu entscheiden.

Der Betriebsrat des Nationaltheaters
gez. Oesterle, Marx

Die Neckarstädter lassen nicht nach

Für die Freibankverkaufsstelle werden Unterschriften gesammelt

Im Wirtschaftsausschuß des Stadtrates wurde kürzlich über das Schicksal der Freibank-Verkaufsstelle Neckarstadt entschieden. Sie soll, wie die Mehrheit der Ausschußmitglieder beschloß, abgeschafft werden. Da gerade in der Neckarstadt diejenige Bevölkerung wohnt, die ihrer wirtschaftlichen Lage nach am ehesten zu den Abnehmern des Freibankfleisches zu rechnen ist, war vorauszusehen, daß dieser Beschluß nicht so einfach hingenommen wird.

Jetzt kam uns ein Schreiben zu Händen das zur Unterschriftensammlung in der Neckarstadt kursiert und dem Stadtrat zur Revidierung seines Beschlusses vorgelegt werden soll. Das Schreiben ging auch an die vier im Stadtrat vertretenen Parteien. Es lautet:

„Nach dem Willen der Schlachthofdirektion soll nun das Schicksal der privaten Verkaufsstelle für Freibankfleisch in der Neckarstadt endgütig besiegelt sein. Die Stadtverwaltung glaubt auf die großen „Einnahmen aus dem Erlö bedingt tauglichen Fleisches" nicht verzichten zu können und beruft sich auf veterinärgesetzliche Bestimmungen im Lande Baden, um sich ihr Monopol zu sichern.

Dazu sei bemerkt, daß wir nur einen württemberg-badischen Landtag, eine württemberg-badische Regierung, eine württemberg-badische Verfassung und württemberg-badische Gesetze kennen, und deshalb sehr verwundert sind, daß man uns plötzlich badische Verordnungen entgegenhält, um einen unhaltbaren Zustand zu verewigen. Ferner sind wir in der Lage, nachzuweisen — und wir werden es bei Bedarf in aller Oeffentlichkeit tun — daß die Schutzmaßnahmen der Schlachthofverwaltung für die Sicherheit der Gesundheit der Bevölkerung in bezug auf den Freibankfleischverkauf mehr als fragwürdig sind.

Was wir wollen, ist nicht mehr und nicht weniger, als daß die für tausende minderbemittelter alter und invalider Mannheimer Bürger wichtige Frage der Beibehaltung einer zweiten Freibankstelle in der Neckarstadt in einer öffentlichen Stadtratssitzung erneut behandelt und im Sinne der Antragsteller entschieden wird.

Wenn wir mit diesem Schreiben an Sie herantreten, tun wir es in der Hoffnung, daß Ihre Organisation sich hinter unsere Forderung stellt und mit Nachdruck beim Stadtrat die Erfüllung derselben verlangt.

Da wir unmittelbar Betroffenen nicht die Absicht haben, uns mit dem Beschluß des Wirtschaftsausschusses abzufinden, werden wir, falls Sie uns nicht bis zum 1. März 1950 einen besseren Weg zur Verwirklichung unserer Forderung vorschlagen, eine öffentliche Versammlung in der Neckarstadt durchführen mit dem Thema: „Wir fordern eine Freibankfleisch-Verkaufsstelle im Zentrum des Verbrauchergebietes."

Zuschriften bitte an Frau Magdalena Müller, Mannheim, Gartenfeldstr. 10.

Die Bevölkerung der Neckarstadt wird durch ihr solidarisches Zusammenstehen sicherlich den voreiligen Beschuß des Wirtschaftsausschusses, an dem unverständlicherweise die Sozialdemokraten maßgeblich beteiligt sind, rückgängig machen können.

Gewerkschaftliche Monatshefte

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat jetzt wieder sein theoretisch-wissenschaftliches Organ geschaffen, dessen 1. Heft soeben im Bund-Verlag in Köln erschienen ist. Es erscheint unter dem Titel: „Gewerkschaftliche Monatshefte" mit einem Mindestumfang von 48 Seiten. Der Preis der Einzelhefte beträgt 1,25 DM. Im Vierteljahresabonnement 3,50 DM. Jeder Gewerkschaftsfunktionär, der mit der Gewerkschaftspolitik und dem sozial- und kulturpolitischen Geschehen unserer Zeit vertraut sein will, muß diese Zeitschrift lesen.

Wo bleibt der Lastenausgleich?

Flieger- und Währungsgeschädigte fordern Übergangslösung

Ein Stück der Währungsreform sollte der Lastenausgleich sein. Man versprach auch, ihn bis spätestens einem halben Jahr nach der Währungsreform in Kraft treten zu lassen. Inzwischen ist ein weiteres Jahr dahingegangen und immer noch warten die Geschädigten auf sein Kommen. Große Hoffnungen wurden auf das Bundesparlament gesetzt. Nichts kam. Der Bund der Fliegergeschädigten hat sich in seiner Landesversammlung mit dem unerhörten Hinauszögern des Lastenausgleichs beschäftigt. Es wurden harte Worte gegen diese Verschleppungstaktik gesprochen und zumindestens eine Uebergangstaktik gefordert. In einer dort gefaßten Entschließung heißt es:

Die Landesversammlung des Bundes der Fliegergeschädigten und Währungsgeschädigten protestiert auf das schärfste gegen die Verzögerung des endgültigen Lastenausgleichs durch die Bundesregierung, die sich daraus ergibt, daß dem Bundestag statt eines Gesetzes über den endgültigen Lastenausgleich nur eine einschlägige Denkschrift vorgelegt wurde, die keinen Regierungsvorschlag zur Lösung dieser Frage enthält.

Die Landesversammlung sieht sich gezwungen, die Bundesregierung auf das entschiedenste vor den ernsten Folgen einer Fortsetzung der bisherigen Verzögerungstaktik zu warnen, da Protestaktionen schärfster Art der enttäuschten Geschädigten unvermeidbar entstehen werden, wenn nicht mit größter Beschleunigung eine befriedigende Klärung der Entschädigungsfrage erfolgt.

Die Landesversammlung fordert, daß im Hinblick auf die weitere Verlängerung der Not- und Wartezeit der Kriegsgeschädigten Uebergangshilfen durch Vorauszahlungen auf die endgültigen Entschädigungsansprüche und durch Kredithilfen geleistet werden.

Die Landesversammlung bringt ferner zum Ausdruck, daß sie die Behandlung der Entschädigungsfrage durch den Herrn Bundesfinanzminister Schäffer mit dem größten Mißtrauen gegenübersteht, nachdem dieser in der Oeffentlichkeit die Erfüllbarkeit eines ausreichenden Ausgleiches verneint hat.

Die Landesversammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß dem Verlangen der Fliegergeschädigten und Währungsgeschädigten auf Schaffung eines besonderen Staatssekretariats bei der Bundesregierung für diese Geschädigtengruppen endlich Rechnung getragen wird.

Am Fehlen eines Sekretärs dürfte es jedoch hier nicht liegen. Dem Fehlen des guten Willens aber, denn man müßte dann auch endlich die Abgabe zum Lastenausgleich bei den Besitzenden durchführen. Das ist von einer Adenauer-Regierung zu viel verlangt.

Auch Du komm' mit zum Deutschlandtreffen!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Quer durchs Land

Arbeiter verunglückte im Zementwerk Leimen

Heidelberg. Am Mittwochmorgen wurde einem jüngeren Arbeiter der linke Fuß abgedrückt. Beim Schließen des Schiebers ist er vermutlich abgerutscht und von der sogenannten Schnecke (Ofenbetrieb) erfaßt worden. Er wurde in die chirurgische Klinik gebracht. Lebensgefahr besteht nicht.

Zeugen gesucht

Heidelberg. Von einem amerikanischen Personenkraftwagen wurde am 6. 2. 1950 abends gegen 20 Uhr eine Fußgängerin in der Friedrich-Ebert-Anlage in der Höhe des Hauses Nr. 45 so schwer angefahren, daß sie ihren Verletzungen erlag.

Personen, die den Vorfall beobachteten oder irgendwelche Auskünfte geben können, werden gebeten, sich bei der Militär-Polizeistation im Hansahaus oder bei der Polizei-Verbindungsstelle Heidelberg (Rathaus) zu melden.

Ein Lastwagen ist stärker als ein Motorrad

Eberbach. Das mußten dieser Tage zwei Männer feststellen, als sie mit ihrem Motorrad beim Ausweichen vor einem entgegenkommenden Postomnibus auf einen haltenden Lastwagen auffuhren. Der eine zog sich einen Armbruch und der andere eine Kopfverletzung mit leichter Gehirnerschütterung zu. Es ist dies jetzt der zweite Motorrad-Unfall innerhalb einer Woche.

Aeltester Einwohner des Kreises Pforzheim gestorben

Pforzheim. (lwb) Der älteste Einwohner des Kreises Pforzheim, der Medaillenmacher Jakob Blank aus Wurmbach, ist am Montag an Altersschwäche gestorben. Blank konnte im November vergangenen Jahres seinen 100. Geburtstag feiern.

Unser Recht — der Heimat Pflicht

Bretten. Ueber dieses Thema spricht Richard Lehmann vom Heimkehrer-Ausschuß Karlsruhe am Samstag, dem 25. 2. 1950 in Bretten um 20 Uhr in der „Linde" bei der dort stattfindenden Heimkehrerversammlung.

Ein reichlich später aber begrüßenswerter Vorschlag

Buchen. (lwb) Auf einer Versammlung der Bürgermeister und Ratsschreiber des Kreises Buchen hat Landrat Schmerbeck vorgeschlagen, die Gemeinderatssitzungen künftig „grundsätzlich öffentlich" abzuhalten Nur in Ausnahmefällen sollte die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Universität als Domäne der Besitzenden

Das Recht auf Bildung haben nur die Reichen — Eine Landes-Statistik beweist es

Zwar steht es auf dem Papier der Verfassung, daß jeder Deutsche das Recht auf Bildung habe, doch wie es in der Praxis aussieht, beweist eine statistische Untersuchung, die im Land Württemberg-Baden in einer Niederschrift über die Sitzung des kultur-politischen Ausschusses des Württembergisch-Badischen Landtages festgehalten ist.

Danach setzt sich heute die Studentenschaft zu 44 Prozent aus Söhnen und Töchtern der „oberen sozialen Schicht" zusammen, zu der man Fabrikanten, höhere Beamte und große Kaufleute rechnet. Aus der „Mittleren sozialen Schicht" (Mittelstand) kommen 49 Prozent der Studierenden und aus der „unteren sozialen Schicht" nur 7 Prozent.

Die „untere" soziale Schicht setzt sich bekanntlich in ihrer Mehrheit aus der Arbeiterschaft zusammen, und diese ist als geschlossene Klasse betrachtet die zahlenmäßig stärkste aller Klassen. Leider enthält die statistische Untersuchung keine Zahl, wieviel von den7 Prozent Studierenden der „unteren" sozialen Schicht Söhne oder Töchter von Arbeiterfamilien sind. Wir wissen, daß beispielsweise in Heidelberg der Anteil der Arbeiter-Studenten noch unter einem Prozent liegt, und es wird an anderen westdeutschen Universitäten und Hochschulen kein höherer Prozentsatz festzustellen sein.

Diese Tatsache ist keine Zufällserscheinung, so wenig wie es zufällig zu der nicht unbeträchtlichen Verschiebung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden innerhalb der letzten 20 bis 30 Jahre kam, wie sie die Statistik deutlich macht. In ihr wird festgestellt, daß in der letzten Generation nur 23 Prozent der Studierenden aus der „oberen" Schicht stammten. Ihr prozentualer Anteil hat sich also heute genau verdoppelt. Der Mittelstand, der früher den größten prozentualen Anteil hatte (61 Prozent), ist jetzt nur noch mit 49 Prozent vertreten, hat also seinen früheren Löwenanteil an die „oberen" Zehntausend abtreten müssen. Und noch deutlicher wird das Bild, wenn man die Zahl der Studierenden in der letzten Generation aus der „unteren sozialen Schicht" der heutigen gegenüberstellt. Sie ist um mehr als das Doppelte gesunken und macht gegenüber 16 Prozent jetzt nur noch sieben Prozent aus.

Bei Betrachtung dieser Zahlen wird es vielleicht vielen verständlich, warum bestimmte Kreise mit Hilfe der Presse und des Rundfunks eine zügellose Hetze gegen die Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik betreiben. Dort findet man eine solche soziale Schichtung an den großen Bildungsstätten nicht. Tausenden von Arbeiter-Söhnen und -Töchtern ist nun endlich Gelegenheit gegeben, gemäß ihrer Begabung die Berufe zu ergreifen, für die sie die geistigen und leistungsmäßigen Voraussetzungen mitbringen. Das Recht auf Bildung ist kein papierener Verfassungs-Begriff, sondern eine reale Tatsache, und von Jahr zu Jahr sitzen mehr Söhne des Volkes in den Hörsälen, und der Anteil der Söhne und Töchter der Arbeiterklasse wächst ständig.

Bei uns in Westdeutschland das genaue Gegenteil: Der Anteil aus der großen Masse des Volkes wird von Jahr zu Jahr kleiner und der einer dünnen priviligierten Schicht immer größer. Dafür spricht man um so mehr von Freiheit, gleiches Recht für alle und Rettung der abendländischen Kultur.

Meisterkonzert mit schönen Stimmen

Heidelberg. Am Mittwoch, 1. März, findet um 20 Uhr in der Aula der alten Universität ein Meisterkonzert mit Werken von Bizet, Verdi, Schumann, Brahms und Wolf statt, bei dem Kammersänger Ludwig (Tenor), Kammersänger Karl Schmitt-Walter (Bariton), Künstler der Wiener Staatsoper, der Salzburger und Luzerner Festspiele und der Berliner Staatsoper singen, begleitet von dem bekannten Pianisten Professor H. Giesen, Stuttgart.

Aus dem Parteileben

Werbesonntag für das „Badische Volksecho"

Sämtliche Stadt-Wohngebietsgruppen beteiligen sich am Werbesonntag für das „Badische Volksecho". Die Werbe-Exemplare werden am Samstag, 25. 2. 1950 den Wohngebietsgruppen zur Verfügung gestellt.

Neckarstadt-Ost: Freitag, 24. Februar, 20 Uhr, im Lokal „Arion" Mitgliederversammlung. Ref.: Stark.

Wohngebiet Jungbusch: Freitag, 24. Febr., 19.30 Uhr, im Lokal „Rüger" Funktionärsitzung.

Waldhof: Freitag, 24. Februar, 20 Uhr, im Lokal „Rheintal" Mitgliederversammlung. Ref.: Locherer.

Weinheim: Freitag, 24. Februar, 19.30 Uhr, im alten Rathaus Mitgliederversammlung. Ref.: W. Bechtle vom Landesvorstand Stuttgart.

Versammlungen der KPD, Kreis Mannheim

Lindenhof: Samstag, 25. Febr., 19.30 Uhr, im Lokal Lindenburg (Olbert) Mitgliederversammlung. Ref.: Salm.

Hockenheim: Samstag, 25. Febr., 19.30 Uhr, im Lokal „Engel" Mitgliederversammlung.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Betriebsgruppen Gritzner-Sebold. Freitag, den 24. Februar, 16.30 Uhr, in Durlach im „Tannhäuser" Mitgliederversammlung. Ref. L. Hofmann.

Mitglieder - Vollversammlung. Sämtliche Stadtteile und Betriebsgruppen in Karlsruhe am Samstag, den 25. Februar, 19 Uhr, im „Elefanten".

Linkenheim. Sonntag, 26. 2. 1950, vorm. 9 Uhr in der „Krone" Mitgliederversammlung. Referent: W. Wasserthal.

Neureut. Sonntag, 26. 2. 1950, vorm. 9 Uhr in der „Krone" Mitgliederversammlung. Ref.: H. Kelar.

Rußheim. Sonntag, 26. 2. 1950, vorm. 9 Uhr in der „Krone" Mitgliederversammlung.

Thema bei allen Mitgliederversammlungen Diskussion zur Resolution des Parteivorstandes.

Kassierer-Konferenz. Sonntag, 26. 2. 1950, vorm. 10 Uhr in **Ettlingen** im „Engel" für die Ortsgruppen Ettlingen, Langensteinbach, Malsch, Forchheim und Mörsch für sämtliche Hauptkassierer und Zehner-Gruppenleiter. Referent: B. Riedinger.

Betriebsgruppe Industrie-Werke-Karlsruhe. Freitag, 24. 2. 1950 um 16.30 Uhr in der „Stadt Baden" Mitgliederversammlung. Ref.: B. Riedinger. Thema: Ideologisch-politische Festigung der Partei.

Bruchsal. Samstag, 25. 2. 1950 um 20 Uhr im Parteilokal Mitgliederversammlung. Referent: F .Dietz .

Öffentliche Versammlung

Politik im Musterland:
Korruptionssumpf — Entnazifizierungsschwindel — Massen-Arbeitslosigkeit.
Darüber spricht am **Freitag, den 24. Februar 1950, 20 Uhr in Heidelberg, im „Westhof":**
Albert Buchmann, MdL
Die Bevölkerung ist herzlichst eingeladen.

Veranstaltungen der KPD Heidelberg Landsonntag in Baiertal und Schatthausen

Die Ortsgruppen Wiesloch, Walldorf und Nußloch treffen sich am Sonntag, 26. 2. 1950, vorm. 9 Uhr in Wiesloch (Endhaltestelle Straßenbahn),

Walldorf und Nußloch besuchen die Ortsgruppe Baiertal und treffen sich mit dieser um 10 Uhr im „Löwen".

Wiesloch geht nach Schatthausen, wo sie mit den dortigen Genossen um 10 Uhr in der Wohnung des Genossen J. Waldi, Oberdorfstraße zusammentreffen.

Blick ins kulturelle Leben

Geheimwissenschaft: Musik

Karlsruhe. Es ist ein altes Uebel unserer deutschen Professoren, daß sie sich im Glanze ihres Wissens als ambulante Bibliotheken vorstellen. Werfen sie dann ihre technischen Begriffsdeuteleien dem intellektuellen Protz entgegen, so fühlt sich dieser umso gehobener je mehr die Entzifferung der doppelsinnigen weisen Worte seiner eigenen Auslegung überlassen ist.

Diesen Eindruck gewann man von einem Musikgelehrten, der sich von einem höchst geistesstolzen Publikum produzierte. Nimmt es Wunder, daß auf den Zuhörerbänken schaftstiefelbekleidete Jünglinge mit einstigen Offiziersmänteln und hornbrillenbewaffnete Gretchen sich fanden?

Dr. Nestler wollte uns die neue Musik verständlich machen. Er sprach über tonartliche Verhältnisse und klangliche Reize, über Verunklarung der Harmonien und Beziehungslosigkeit zur Grundtonart.

Alles lauschte verblüfft und staunte und grübelte. Wahrlich, ein Mann, der seine Weisheit „teuer verkaufte!" Wozu sich so erniedrigen, daß ihn auch der einfache Mann verstehen könnte?

Wir hatten auch schon Gelegenheit, Musikgeschichte anders zu hören. Wir erfuhren den engen Zusammenhang der Kunst mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Ebenso wird unsere zeitgenössische Musik erst verständlich, wenn wir ihrer Entstehungsursache, nämlich der Entwicklung unserer heutigen Gesellschaft, auf den Grund gehen. Aber ausgerechnet im Amerika-Haus darüber etwas zu erfahren, — wäre vielleicht zu viel verlangt. —lf.—

„Familie Hannemann"

im Badischen Staatstheater Karlsruhe

Karlsruhe. In seiner Faschingsaufführung zeigte sich das Karlsruher Schauspiel wieder einmal als der verdiente Vorkämpfer der Klasse, die es vertritt und für die es da ist. Nein, die Arbeiterklasse ist das auf keinen Fall. Das zeigte schon der gespendete Beifall. Denn nur eine Gesellschaftsklasse, deren kultureller Abstieg nicht mehr zu unterbieten ist, konnte sich über dieses Machwerk amüsieren. — Freilich, wir wurden gekitzelt, aber an den niedersten Instinkten!

Eine wagnerwütige Tante kommt unerwartet, sich die vorgespiegelte Familie ihres schmarotzenden Neffen anzusehen. Ein Freund in Weiberkleidern als ariensingendes Evchen, ein durch die Verteidigung des Schmarotzers freigesprochener Lump als Schwiegervater und das eingeschmuggelte Baby des Dieners sind die Hauptzutaten, aus denen dieses Ragout von nur blödsinnigen, fast obszönen und angedeutet erotisch-perversen Situationen zusammengebraut ist.

Und das belachten und beklatschten u. a. auch namhafte Kulturhäuptlinge in Gegenwart vieler Halbwüchsiger. Man schämte sich für Eltern und Erzieher, die es zuließen, daß die Instinkte der ihnen anvertrauten Jugend, solch verderbenden und und anzüglichen Reizungen ausgesetzt wurden. Dürfen sie sich mit der karnevalistischen Narrenfreiheit entschuldigen, die den Menschen einmal im Jahre Gelegenheit gibt, sich des Zwanges und der Verstellung zu entledigen, die das Zusammenleben in dieser Gesellschaftsordnung vielen auferlegt?

Nein, es ist ein bürgerlicher Mißbrauch dieser Freiheit, das Bekenntnis, daß der unverstellte Mensch dem Tiere ebenbürtig sei. Hier liegen auch die Wurzeln der nihilistischen und faschistischen Menschenverachtung, die ebenfalls ein Kind des längst nicht mehr humanistischen Bürgertums ist. Diese Klasse hat sich selbst längst ihr Urteil gesprochen. Wir aber sagen mit Schiller:

„Nie ist dem Menschen sein Wert geraubt,
solang er noch an sich selber glaubt."

E. W.

Erfolgloser Ueberfall

Stuttgart. (lwb) Am Mittwochmorgen wurde in Stuttgart ein Handwerksmeister, der sich auf dem Heimwege befand, von drei Männern angehalten und aufgefordert, seine Brieftasche herauszugeben. Als er sich weigerte, erhielt er einen Schlag auf den Kopf. Der Ueberfallene konnte jedoch trotzdem die Flucht ergreifen und seinen Verfolgern entkommen. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch im Gange.

Nach vier Jahren Leiche gefunden

Hoefen/Pforzheim. (lwb) Die Ueberreste eines seit 1945 vermißten Arbeiters sind kürzlich von Fuhrleuten gefunden worden. Zur Feststellung der Personalien des Toten führten vor allem silberne Nadeln, die dem im ersten Weltkrieg verwundeten Arbeiter am Ellbogen eingesetzt worden waren. Die Ermittlungen ergaben, daß sich der Arbeiter wegen familiärer Zwistigkeiten erhängt hatte.

500 000 marschieren Pfingsten in Berlin für den Frieden!

Späte Erkenntnis und falsche Schlußfolgerung

Malsch. (EB) Im Verlauf einer sehr temperamentvollen Bürgerversammlung wurde vor kurzem in Anwesenheit verschiedener Vertreter der Behörden und der Militärregierung über die Weiterführung der Autobahn bei Malsch, wo 1939 die Arbeiten eingestellt wurden, gesprochen.

Um die dabei notwendige Enteignung an Grund und Boden durchführen zu können, beabsichtigt man, das aus der Nazizeit stammende Enteignungsgesetz, welches nach wie vor in Kraft ist, heranzuziehen. Nach Angaben des Vertreters vom Vermessungsamt ist für zehn ar eine Vergütung von 3 DM an die Besitzer vorgesehen und der Restbetrag soll vom Staat getragen werden.

Dagegen wandten sich mehrere Bürger mit verschiedenen Argumenten, unter denen eine Begründung wert ist, angeführt zu werden. Die Abtretung des Bodens zum Zweck der Fortführung der Autobahn wurde mit der Begründung abgelehnt, daß das Dilemma am Ende der Marshallplan-„Hilfe" noch größer sein werde, wenn dann nicht jeder Flecken Boden bebaut sei.

Wenn es also a n eine gewisse Abgabe von Besitz geht, gesteht man schamhaft, daß am Ende der Marshall-Plan-„Hilfe" ein noch größeres Dilemma kommt — wobei der Sprecher noch nicht einmal klar sagt, daß wir schon längst im großen Dilemua drin sind — und dann wird plötzlich die Forderung auf Bebauung jedes noch vorhandenen Flecken Bodens gestellt.

Es ist zwar immerhin interessant, daß man „schon" gemerkt hat, daß die vielgepriesene „Hilfe" von recht zweifelhafter Natur ist, aber es ist ebenso bemerkenswert, daß man nun wieder glaubt, sich den bitteren Nachwirkungen der amerikanischen „Unterstützung" entziehen und sein eigenes Gewissen entlasten zu können, indem man nun auf die paar Qudratmeter Boden verweist, die jetzt unbedingt bebaut werden müssen.

Es scheint uns, daß man sich hier weniger von verantwortungsbewußten politischen Ueberlegungen leiten ließ, als vielmehr von den paar Quadratmetern Boden, die man nicht gerne abgeben will.

Sportprogramm der „Solidarität"

Der Radsport rüstet zum Start 1950 Erstmalig Etappenfahrt über 700 km der Amateure

Der Bundesausschuß des Rad- und Kraftfahrer-Bundes „Solidarität" legte folgende Termine fest:

2. April 1950 in allen Gauen Westdeutschlands Eröffnungsrennen.

26. Juni bis 2. Juli 1950 Etappenfahrt, verbunden mit Rundstreckenrennen von Flensburg über Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Bielefeld nach Köln zum Bundestag des Bundes „Solidarität".

8. bis 16. Juli 1950 Beteiligung an den internationalen Wettkämpfen im Rennsport und Saalsport in Wien.

15. Juli bis 15. August 1950 Ferienwanderfahrt der Jugend. Ziele werden noch bekanntgegeben.

20. August 1950 Deutsche Meisterschaft im Bahnrennen in Nürnberg.

10. Sept. 1950 Deutsche Meisterschaft im Straßenrennen in Hersfeld.

Im Oktober Austragung der Süddeutschen und Westdeutschen Meisterschaft im Saalsport.

Neben diesen Großveranstaltungen sind die Bezirks- und Gaumeisterschaften durchzuführen. Für den Gau 22 findet das Eröffnungsrennen am 2. April in Mannheim statt. Dabei soll der schnellste Radfahrer von Mannheim auf Straßenrädern ermittelt werden. Es werden zwei Klassen gebildet. Fahrer von 14 bis 18 Jahren, Fahrer von 18 bis 25 Jahren. Startberechtigt sind nur Fahrer, welche keinem Radsportverein angehören.

Meldungen für dieses Rennen können ab sofort abgegeben werden, und zwar: Fahrradgeschäft Ziegler-Dewald, Beilstraße 6; Fahrradgeschäft Stapf, Käfertaler Straße (neben dem VfR-Platz); Fahrradgeschäft Bauernfeind, Traitteurstraße 17; Fahrradgeschäft Kesselring, Neckarau, Friedrichstr.

Sportliches Allerlei

Olympiasieger Nino Bibbia (Italien) unterlag in St. Moritz im Internationalen Skeletonrennen um den „Stagni - Pokal" dem Amerikaner Charles Holland, der für die 1600 m lange Bahn insgesamt 2:18,4 benötigte.

Von einer Wettspielreise ohne Kämpfe kehrte der Schweizer Eishockey-Club HC Lausanne kürzlich aus Jugoslawien zurück. Die vorgesehenen Spiele in Ljubliana, Bled, Planica und Zagreb konnten infolge Tauwetters nicht ausgetragen werden und eine Ausweichmöglichkeit auf Kunsteisbahnen gibt es in Jugoslawien nicht.

Den West-Europa-Pokal im Eishockey gewann der HHYZ Den Haag mit 24 Punkten aus 13 Spielen vor der Entente Saint Saveur Brüssel mit 14,21 Punkten.

Altmeister LTC Prag wird nach seiner unerwarteten 2:4-Niederlage gegen Bratislava seine Eishockey - Meisterschaft kaum noch verteidigen können, da das Armee-Team ATK mit 20 Punkten in Front liegt.

Zum zehnten Male Hallenhandball-Meister von Zürich wurden die Grashoppers Zürich.

Um die Weltmeisterschaft 1951 im Freistilringen bewerben sich Finnland, Italien und die Schweiz. Die Entscheidung fällt am 18. März beim Kongreß des internationalen Ringerverbandes in Stockholm.

Ein hervorragendes Nennungsergebnis hat die internationale Holmenkol-Woche gefunden. So starten in der nordischen Kombination rund 60 Teilnehmer, 200 Springer sind zum Spezial-Sprunglauf, 230 Läufer zum 18-km-Langlauf und 150 Starter zum 50-km-Dauerlauf gemeldet.

Mit 355 Wettkampfmeldungen haben die diesjährigen Schweizer Ski-Rennen in Crans, die vom 24. bis 26. Februar zur Durchführung gelangen, eine Rekordbesetzung gefunden.

Da die FIFA nur Treffen mit deutschen Klubmannschaften genehmigt, wurde Arminia Hannover anläßlich ihres 40jährigen Jubiläums das Spiel gegen die englische Profi-Mannschaft Tottenham Hotspurs überlassen. Weitere Spiele der „Heißsporne" sind für Berlin und den Westen vorgesehen.

Der sowjetische Gewichtheber Novak wurde zu einem internationalen Turnier eingeladen, das am 15. Mai in Den Haag stattfinden soll. Der vielfache Weltrekordler soll hier auf Dänemarks Europameister Niels Petersen, den holländischen Olympiadritten Charité und den starken Belgier R. Allart treffen.

Finnlands Ringer werden nun doch an den Europameisterschaften im griechisch-römischen Stil teilnehmen, die vom 20.—23. März in Stockholm ausgetragen werden.

Schwergewichts - Europameister Niels Petersen kam bei den Kopenhagener Gewichthebermeisterschaften im Olympischen Dreikampf auf 390 kg und verbesserte den dänischen Rekord im Drücken auf 125 kg.

Radio-Geräte der Saison 1950!

Jotha Trumpf mit Sperrkreis	DM 99.50
Lorenz 1 Kreiser	DM 128.—
Schaub Junior	DM 189.50
Braun Super 460 GW	DM 239.—
Grundig Weltklang 246 W	DM 246.—
LTP Zauberflöte	DM 258.—
Löwe Opta Komet	DM 298.—
Saba Juwel	DM 298.—
Braun Super 750 W	DM 319.—
Blaupunkt 4 W 649	DM 333.—
Philips Merkur	DM 345.—
Grundig Weltklang 346 GW	DM 346.—
Nord Mende 370	DM 370.—
Lorenz Nürnberg	DM 378.—
Schaub WS 51	DM 395.—
Grundig Weltklang 396 W	DM 396.—
Braun Super 550 W	DM 397.—
Löwe Opta Kosmos	DM 398.—
Graetz 152 W	DM 398.—
Saba Kristall	DM 425.—
Braun Phono Super	DM 595.—
Saba Record	DM 625.—

Achten Sie bitte auf meine Zahlungsbedingungen - Bei Zahlungen b 8 Monatsraten **Zuschlagfrei** - Bei Zahlungen mit 10 bis 15 Monatsraten üblicher Aufschlag von 1% pro Monat - Nur bei

RADIO-BRAUSCH
Mannheim-Waldhof Oppauer Straße 26
Große Auswahl in Schallplatten, Plattenspieler, Beleuchtungskörper aller Art, elektr. Geräte, Elektroherde auch auf Teilzahlung

Küchen-Büfetts
120 cm naturl..... 175.—
130 cm „ .... 215.—
140 cm „ .... 245.—
160 cm elfenb. ... 265.—
180 cm „ ... 325.—
180 cm eiche .... 325.—
Zahlungserleichterung
Möbel-Meisel E 3, 9 F 3, 17

4 PUNKTE
sind es, warum Sie zu
Reichle - Matratzen
greifen müssen:
1. Fachgeschäft
2. Meisterbetrieb mit nur
3. Eigener Herstellung
4. Günstiger Einkauf ohne Zwischenhandel
Sie allein sind die Garantien für beste
Qualität und billigen Preise
Ein Besuch wird Sie überzeugen
Betten - Reichle GmbH.
L 10, 7 Telefon 408 74
Matratzen-Umarbeiten morgens gebracht, abends gemacht

1000.— DM Belohnung
Kahlköpfige und Dünnhaarige! Männer und Frauen! Die Anwendung von Pilosan-Haarfunktionsbalsam kann das Haar nach 4 Wochen wieder z. Wachsen bringen, kräftigt das Haar, fördert die Durchblutung des Haarbodens und gibt ihm ein elegantes Aussehen. Vollkommen unschädlich, ärztlich begutachtet; wenn dies nicht wahr ist, zahlen wir **1000.- DM** jedem, der Pilosan-Haarfunktionsbalsam 4 Wochen ohne Erfolg benutzt hat. Pilosan-Spezialkur 8.— DM zuzüglich Versandspesen gegen Nachnahme unter Bestellnummer 58 an Pilosan-Auslieferung f. Westzonen: Marburg/Lahn, Gisselbergerstraße 19.

2 tür. Kleiderschrank sofort gesucht
Angebote an den Verlag

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg